

Abb. 1: Begriff Wirtschaftsrecht

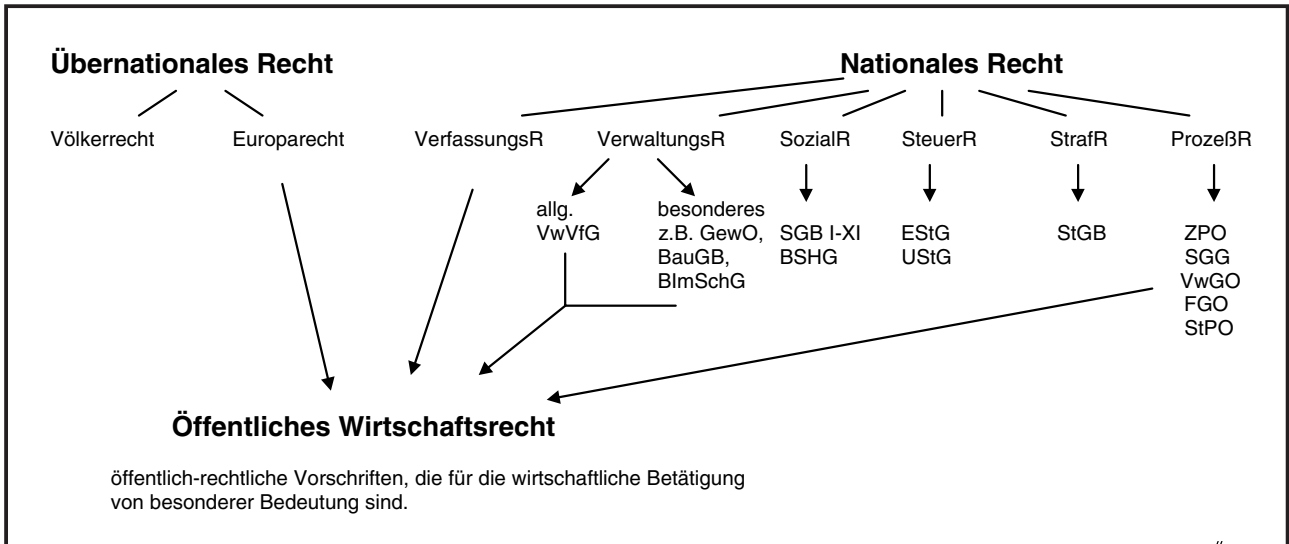


Abb. 2: Rechtsgebiete des öffentlichen Rechts

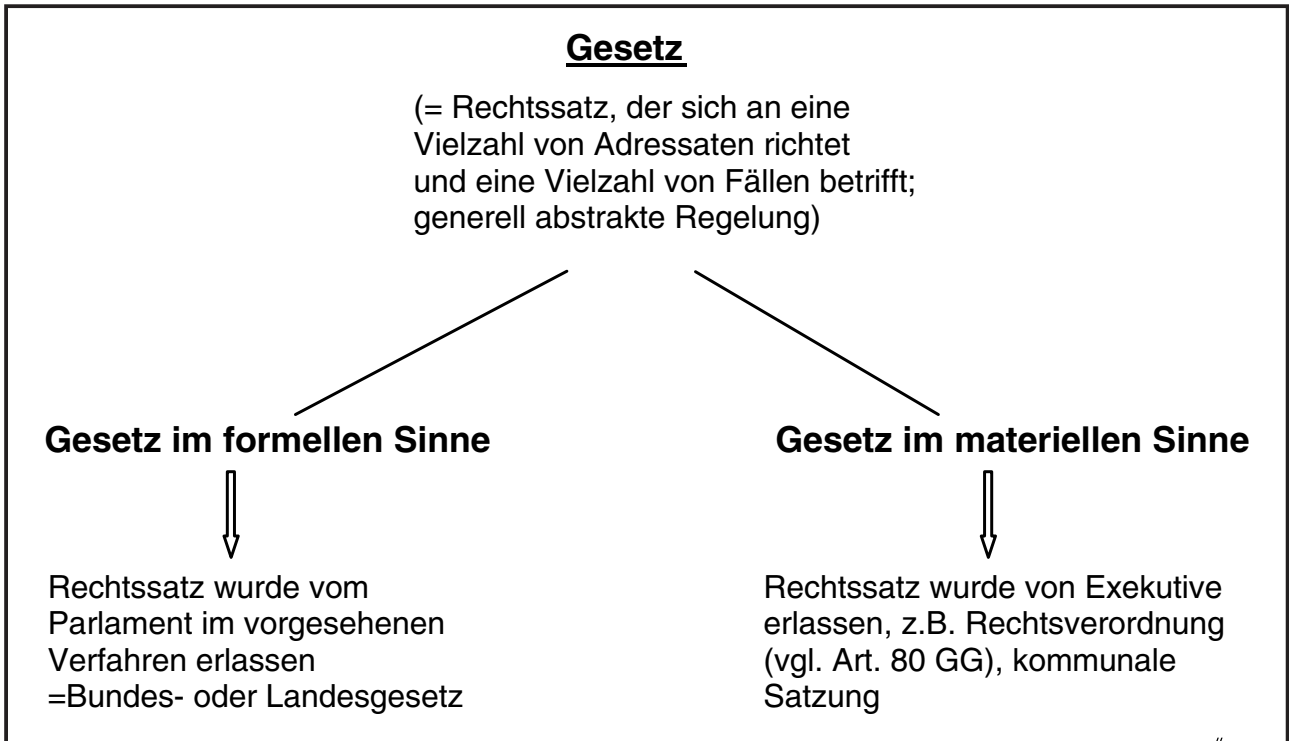


Abb. 3: Begriff des Gesetzes

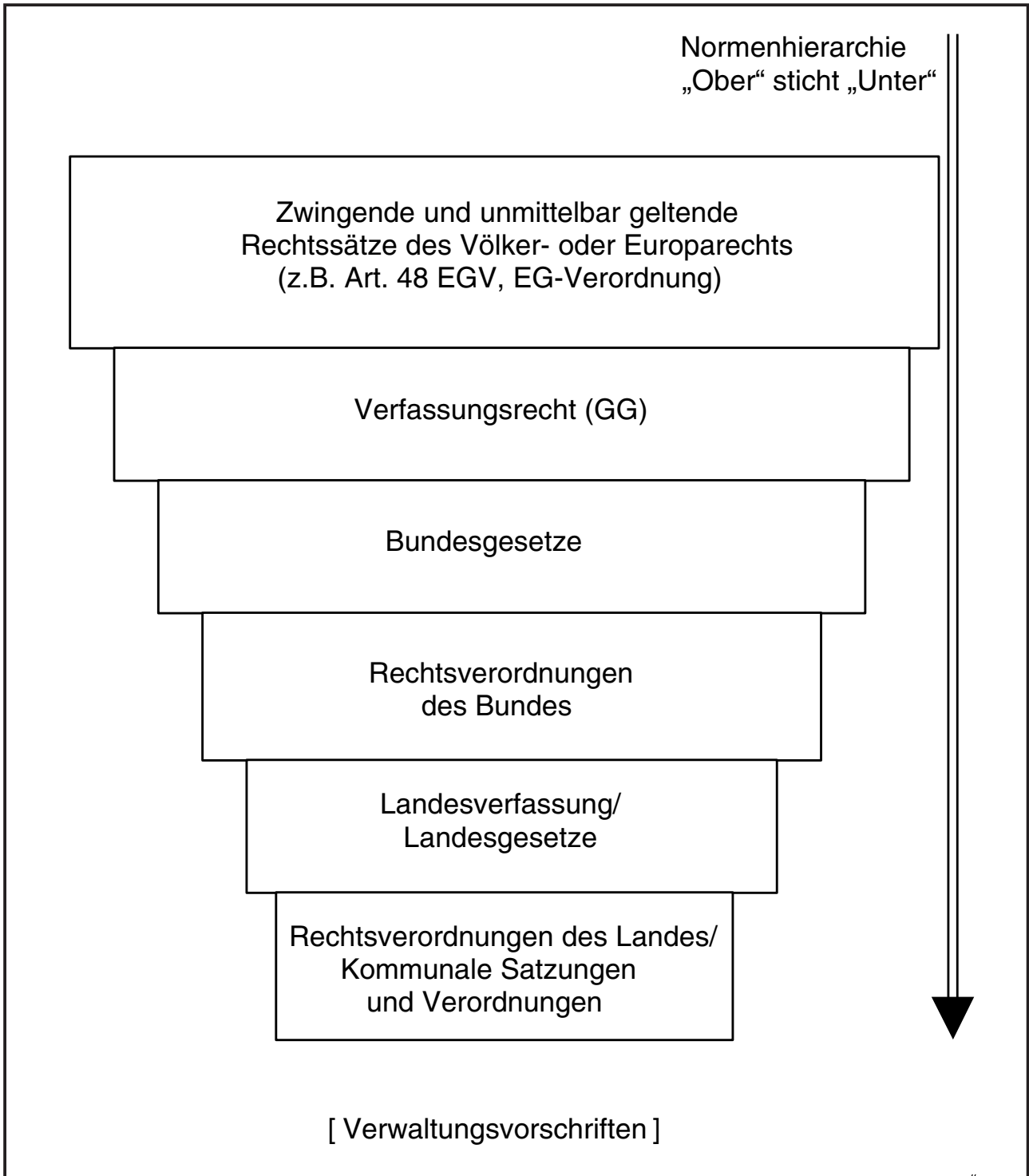


Abb. 4: Rangordnung der Rechtsquellen

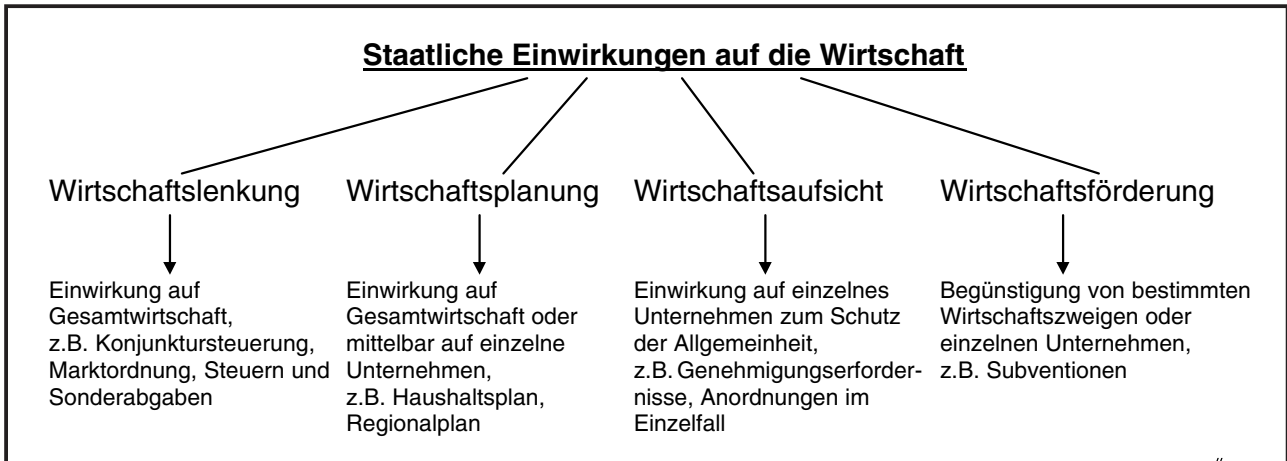


Abb. 5: Staatliche Einwirkungen auf die Wirtschaft

Vorbehalt des Gesetzes

= Staat darf bestimmte Maßnahmen nur aufgrund
ausdrücklicher Ermächtigung ergreifen
(⇒ kein Handeln ohne Gesetz)

Eingriffsverwaltung

soweit GRe tangiert
sein können, ist eine
Ermächtigung der
Verwaltung durch
Parlamentsgesetz
erforderlich

Leistungsverwaltung

trotz möglicher Berührung Dritter
in GRen ist nach h. M. für die
konkrete Maßnahme kein
Parlamentsgesetz erforderlich

Abb. 6: Vorrang und Vorbehalt des Gesetzes

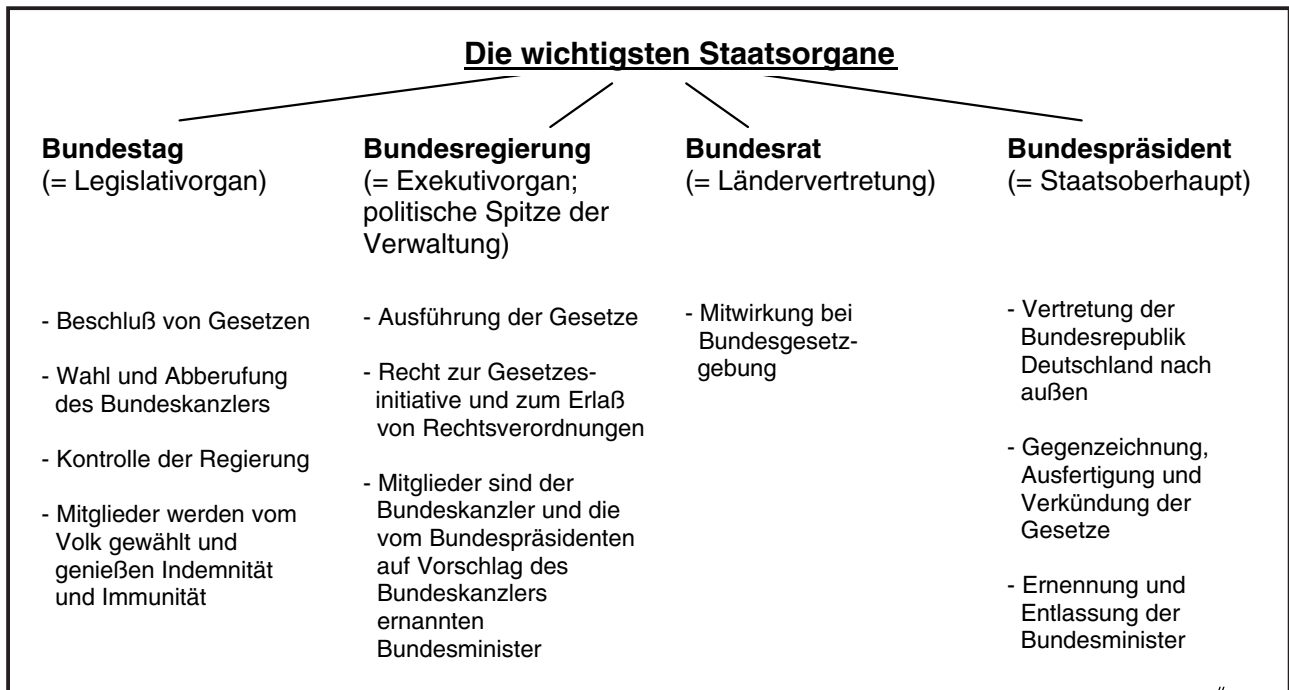


Abb. 8: Die wichtigsten Staatsorgane

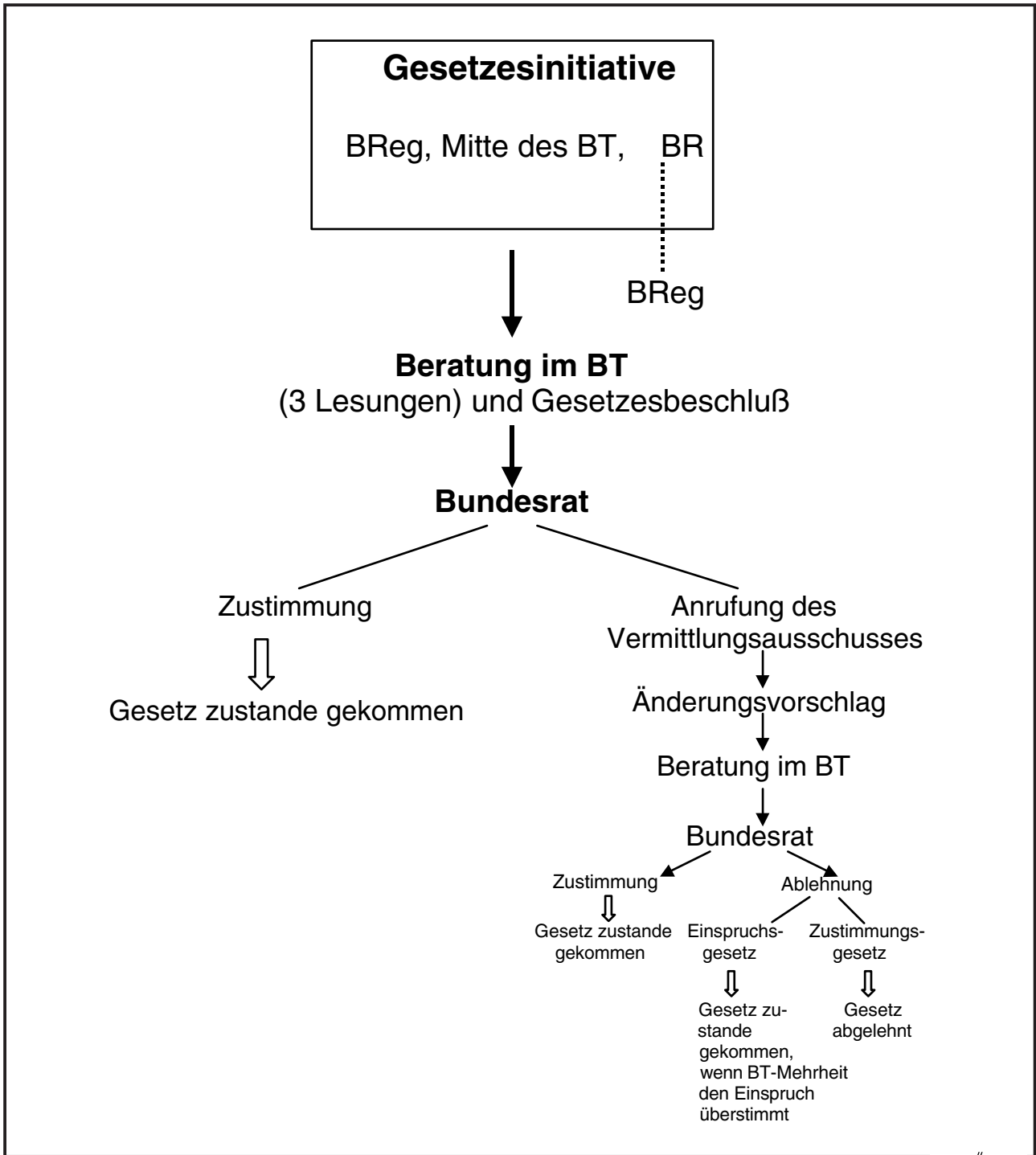


Abb. 9: Ablauf Gesetzgebungsverfahren

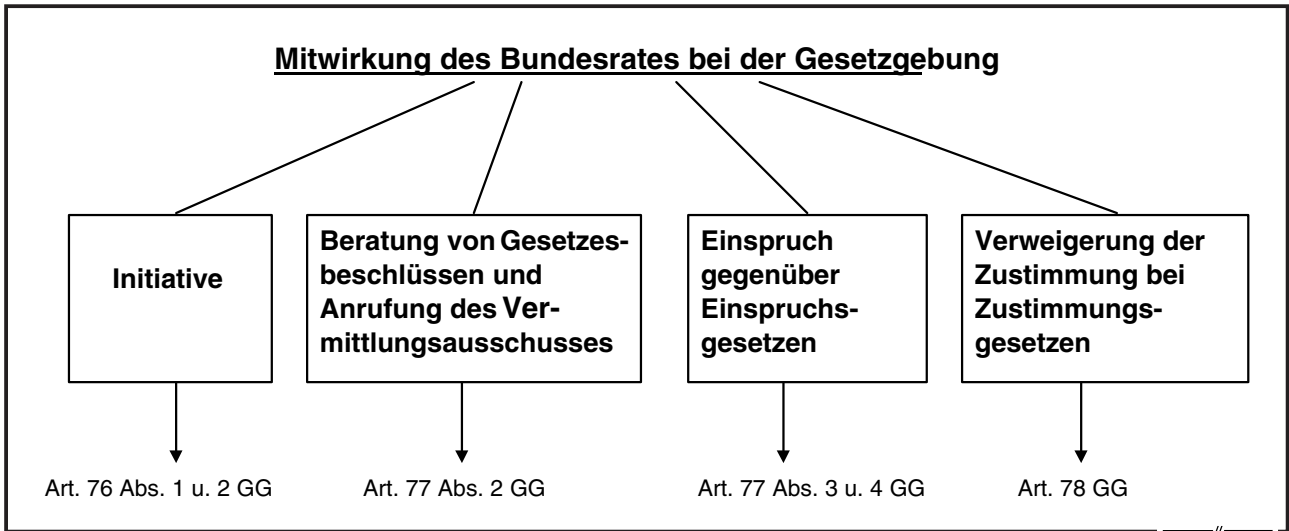


Abb. 10: Mitwirkung des Bundesrates bei der Gesetzgebung

Der Vollzug der Bundesgesetze

Alleinige Zuständigkeit der Länder
(Behördeneinrichtung, Verfahren; Art. 83, 84 GG);
lediglich Rechtsaufsicht des Bundes,
es sei denn, es besteht:

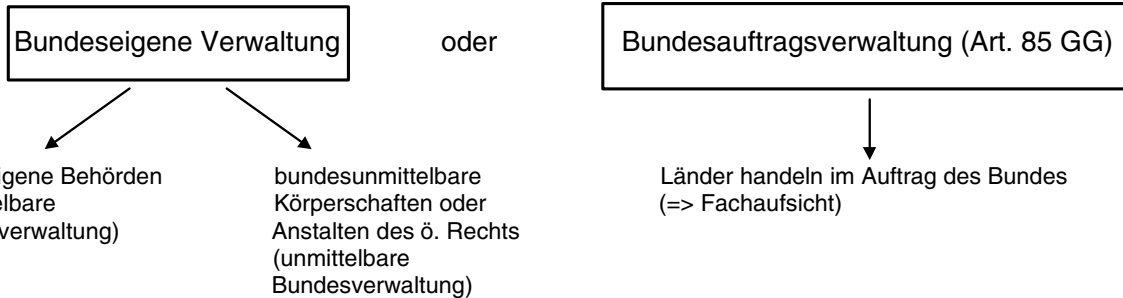


Abb. 11: Der Vollzug der Bundesgesetze

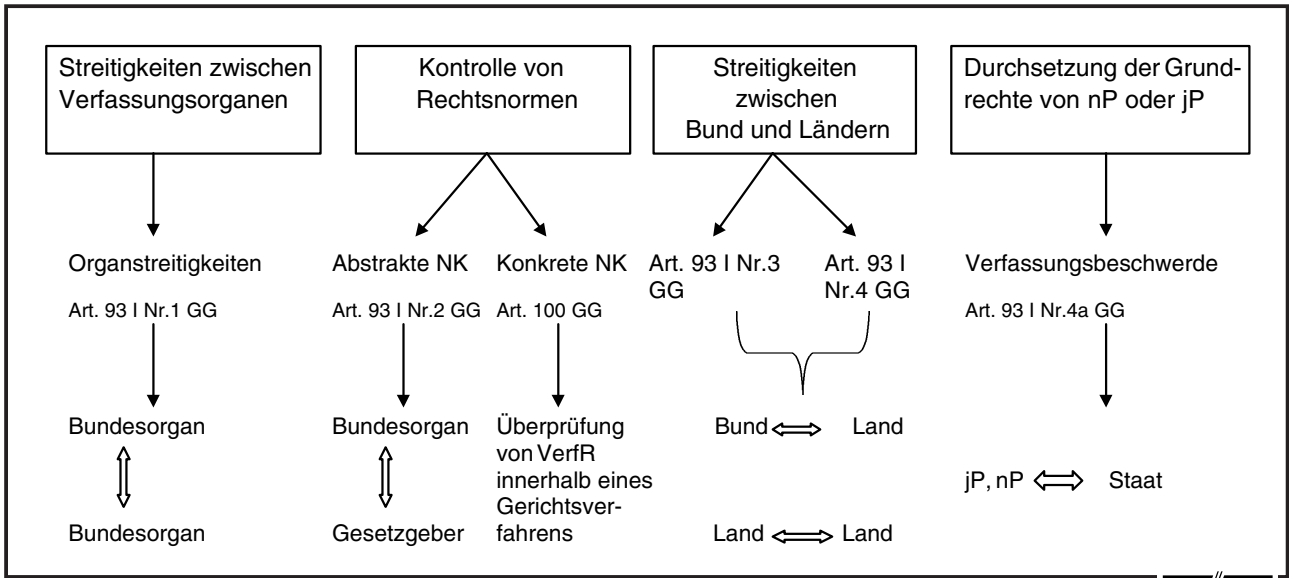
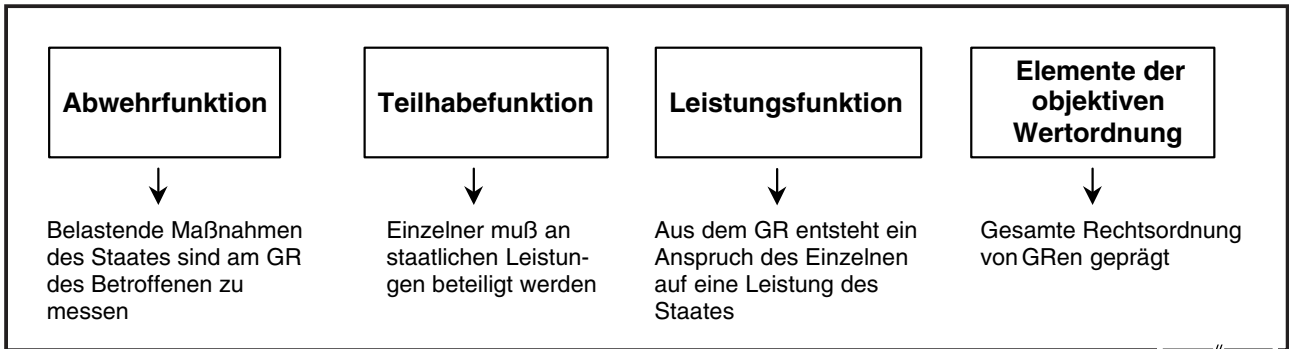


Abb. 12: Die Verfahrensarten vor dem BVerfG

- keine verbindliche Festlegung einer Wirtschaftsordnung
- Verpflichtung der Konjunktursteuerung auf dem Grundsatz des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts (Art. 109 II GG, § 1 StWG)
- Vorgaben für die Erhebung und Verteilung von Steuern (Art. 104 ff. GG)
- Verantwortung der Bundesbank bzw. des ESZB als Trägerin in der Geldpolitik (Art. 88 GG)

Abb. 13: Wirtschaftspolitische Aussagen des GG



SCHÄFFER
POESCHEL

Abb. 14: Die Funktionen der Grundrechte

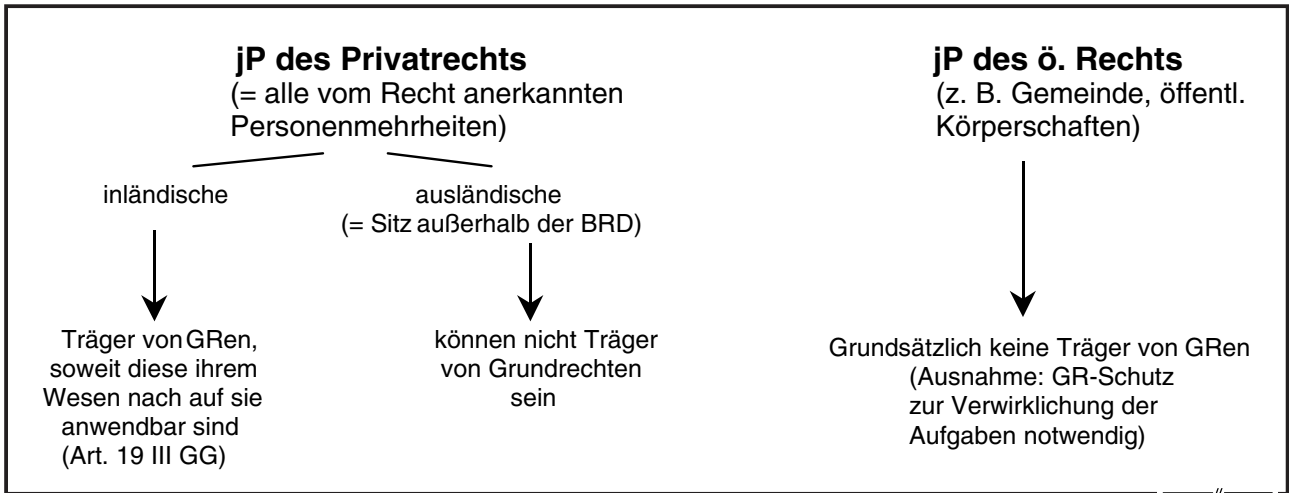


Abb. 15: Anwendung von Grundrechten auf juristische Personen

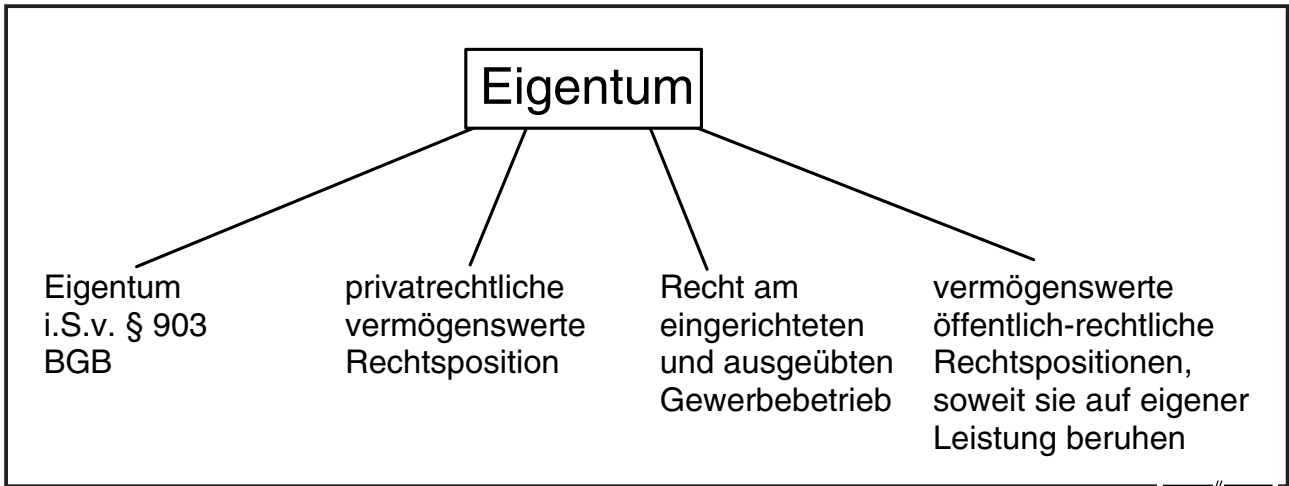


Abb. 17: Eigentum im Sinne von Art. 14 GG

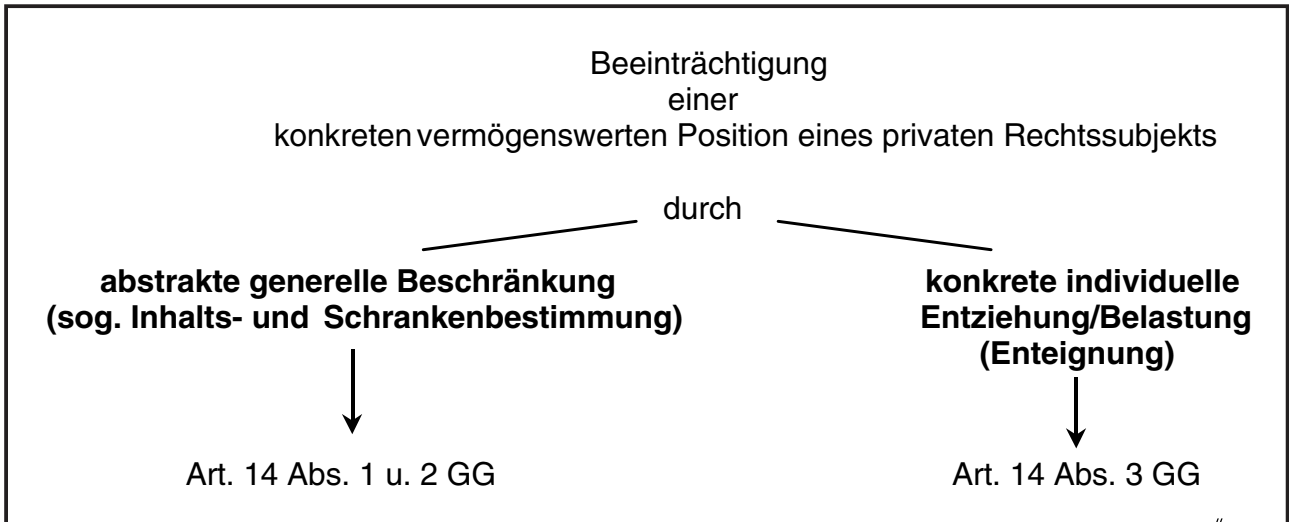


Abb. 18: Eingriffe in das Eigentum

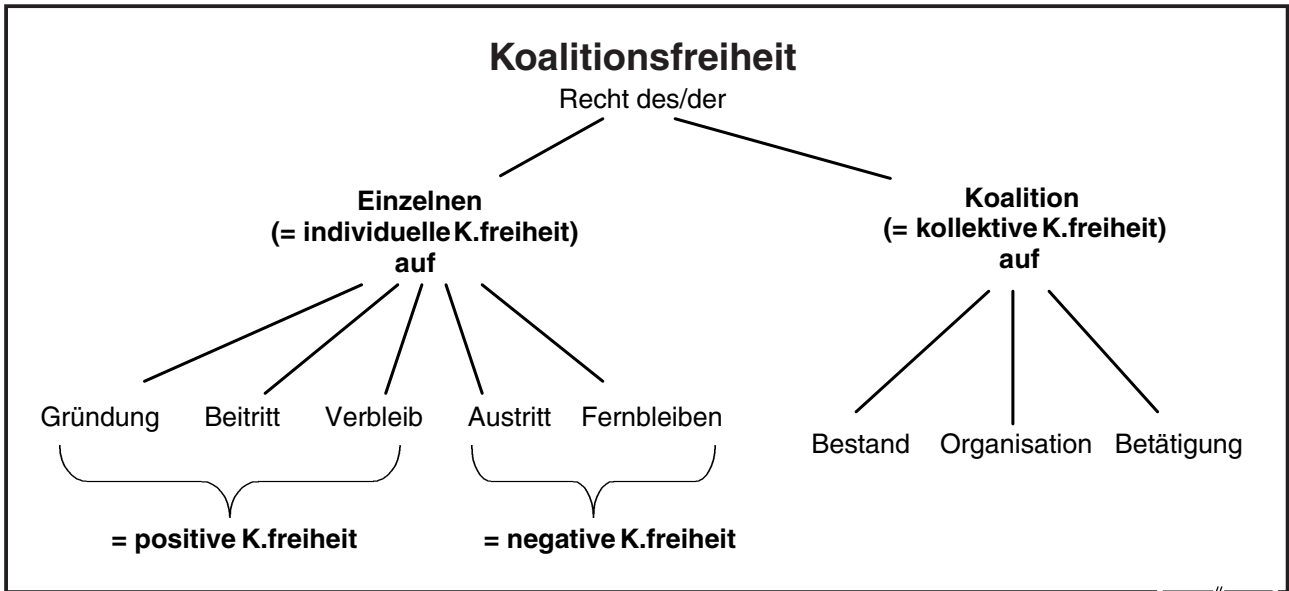


Abb. 19: Der Schutzbereich der Koalitionsfreiheit

- EGKS-Vertrag vom 18.04.1951 (Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg, Niederlande)
 - Schaffung eines gemeinsamen Marktes für Kohle und Stahl
- Römische Verträge von 1957
 - Gründung von EWG und EAG (Euratom)
- Fusionsvertrag (1967)
 - Bildung gemeinsamer Organe für alle 3 Gemeinschaften
- Erweiterung um Dänemark, Irland und Großbritannien (1973), Griechenland (1981), Spanien und Portugal (1986)
- Einheitliche Europäische Akte (in Kraft ab 01.07.1986)
 - Schaffung des Binnenmarktes bis 1992
 - Stärkung des 1979 erstmals direkt gewählten Europäischen Parlaments
- Vertrag von Maastricht (seit 01.11.1993 in Kraft)
 - Umbenennung und Modifikation des EWGV
 - Verwirklichung einer Wirtschafts- und Währungsunion
 - engere Zusammenarbeit in den Bereichen Sicherheits- und Außenpolitik sowie im Bereich Justiz- und Innenpolitik
- Erweiterung um Finnland, Schweden und Österreich 1995
- Vertrag von Amsterdam (seit 01.05.1999 in Kraft)
- Einführung des Euro (01.01.1999)
- Agenda 2000 (Unterzeichnung am 26.03.1999)
 - Regelungen zur Schaffung der finanziellen Voraussetzungen für eine mögliche Osterweiterung der EU
 - Neuregelung der Beitragszahlung der Mitgliedstaaten
 - Neufestsetzung der Preisgarantien im Agrarbereich

Abb. 20: Die Entwicklung der Europäischen Union

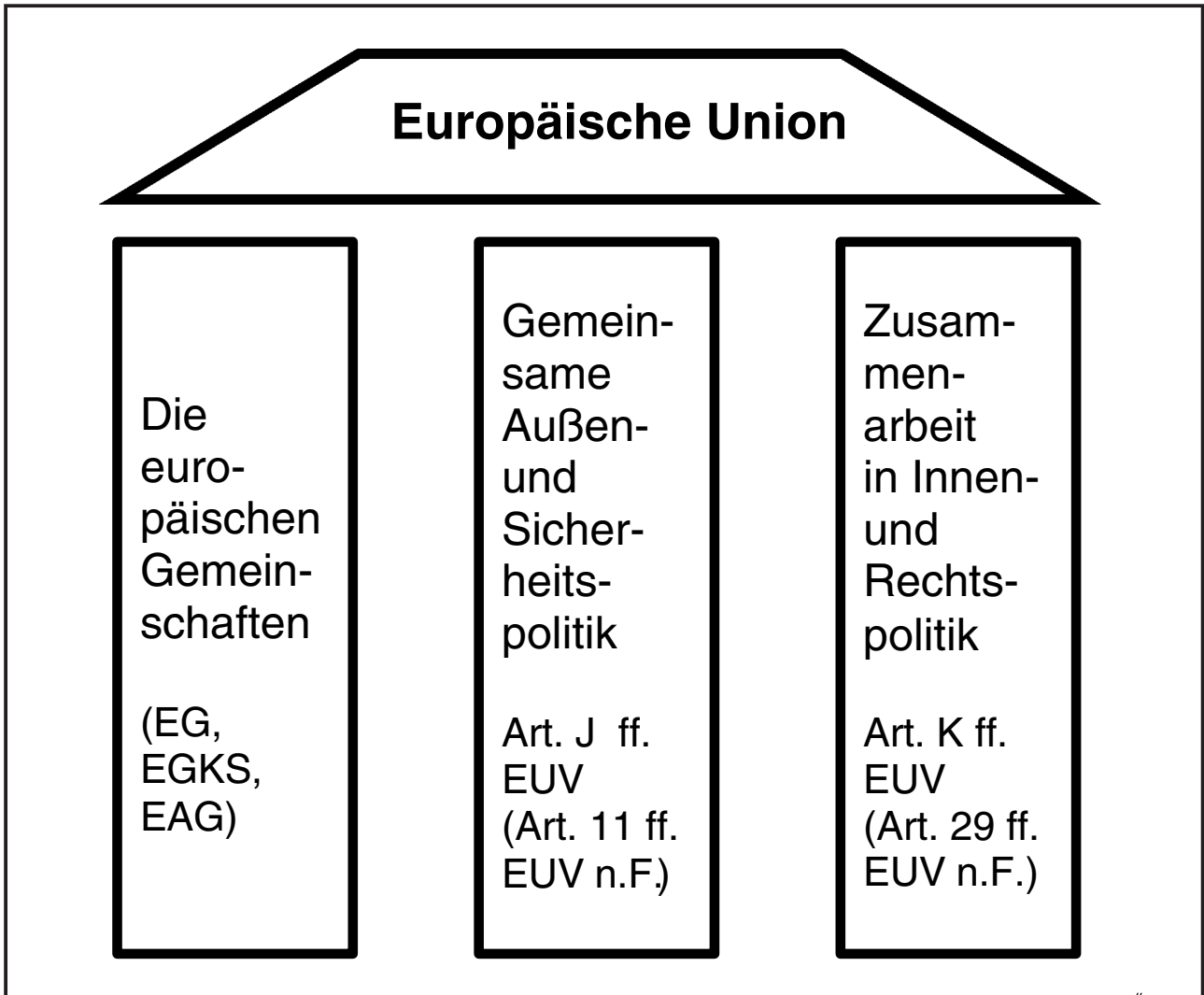


Abb. 21: Das Drei-Säulen-Modell der EU

Die Organe der EG
(Art. 4 EGV, Art. 7 EGV n.F.)

Rat
(Art. 145 ff. EGV,
Art. 202 ff. EGV
n.F.)



insb.
Rechtssetzung,
Führung der
Außen-
Beziehungen

Kommission
(Art. 155 ff. EGV,
Art. 211 EGV n.F.)



insb. Initiative für
Rechtssetzung,
und Kontrolle der
Einhaltung des
EG-Rechts
(Motor und Hüterin
der Verträge)

Europ. Parlament
(Art. 137 ff. EGV,
Art. 189 EGVn.F.)



insb. Mitwirkung/
Mitentscheidung
bei der Rechtssetzung,
Entscheidung über
Haushaltsplan

Europ. Gerichtshof
(Art. 168 ff. EGV,
Art. 220 EGV n.F.)
Unterstützt vom
Gericht 1. Instanz (Art.
168a EGV, Art. 225
EGV n.F.)



Entscheidung über
bestimmte
Rechtsfragen
(Art. 169 ff. EGV/ 226
EGV n.F.)

**Europ.
Rechnungshof**
(Art. 188 a ff. EGV,
Art. 246 ff. EGV
n.F.)



Überwachung der
Haushaltsführung

Abb. 22: Die Organe der EG

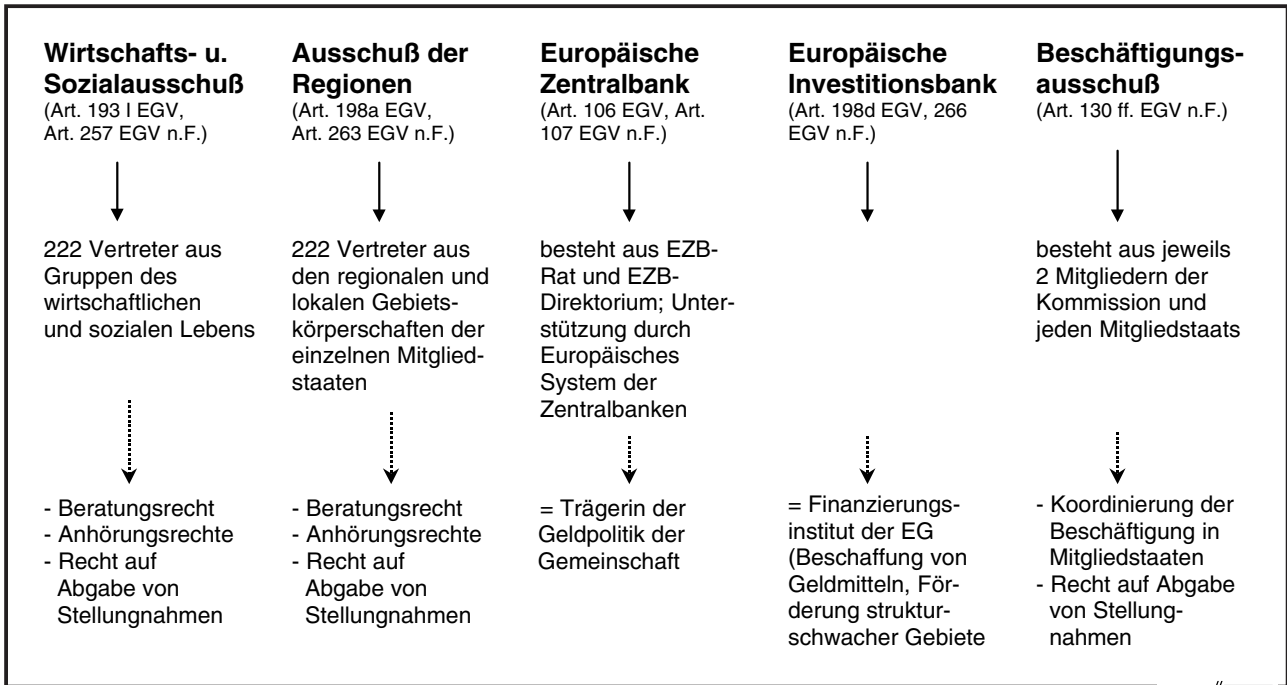


Abb. 23 Sonstige Institutionen der EG

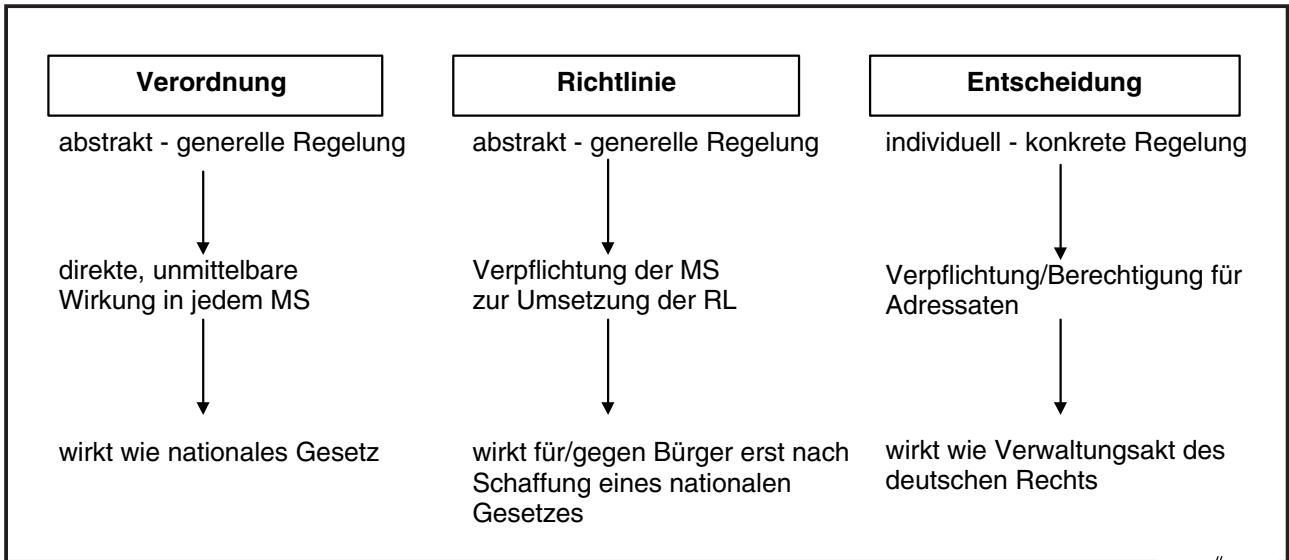


Abb. 24: Sekundäres Gemeinschaftsrecht

Ablauf des Mitentscheidungsverfahrens n. Art. 251 EGV n.F.

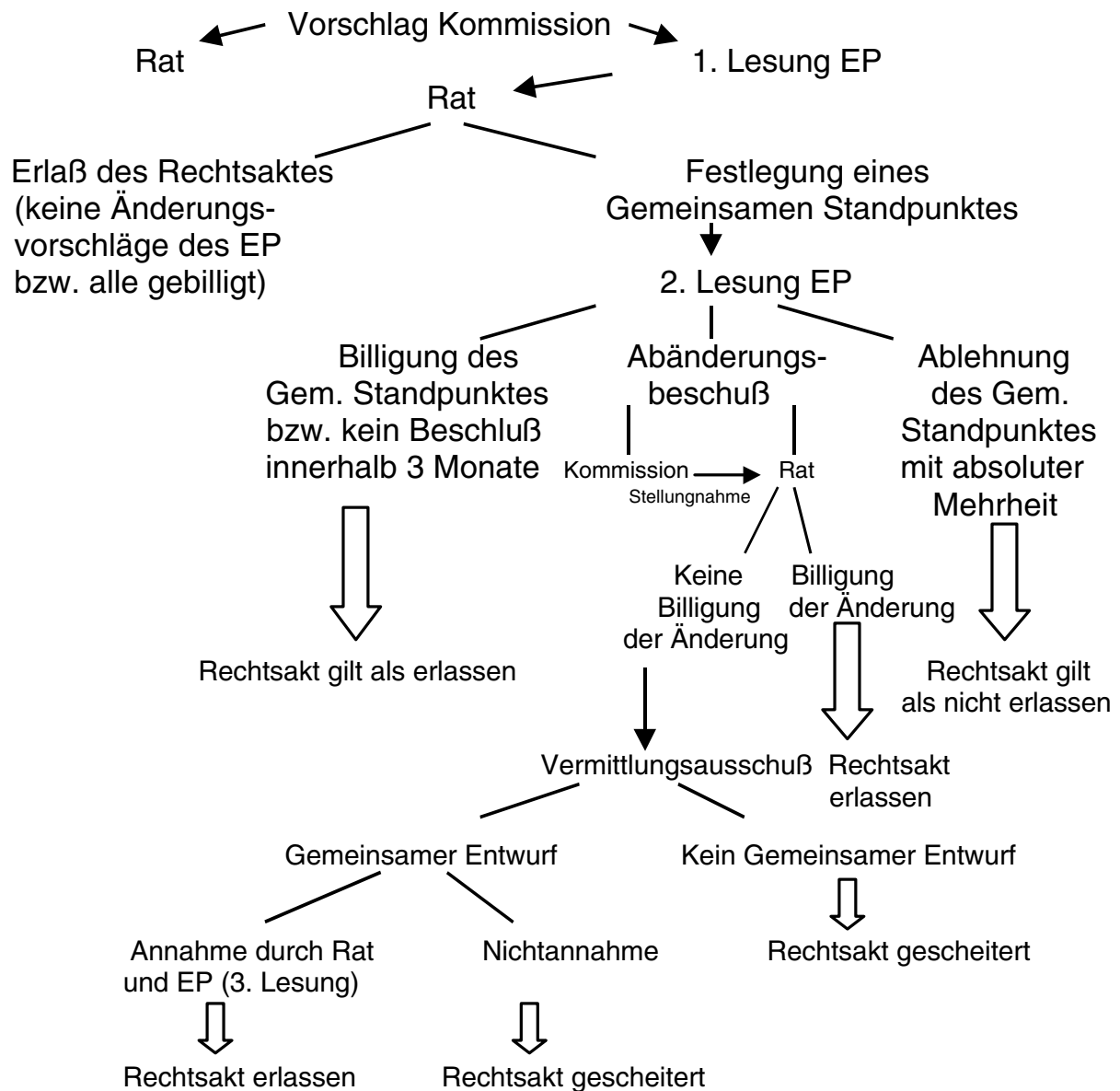


Abb. 25: Ablauf des Mitentscheidungsverfahrens nach Art. 251 EGV n.F.

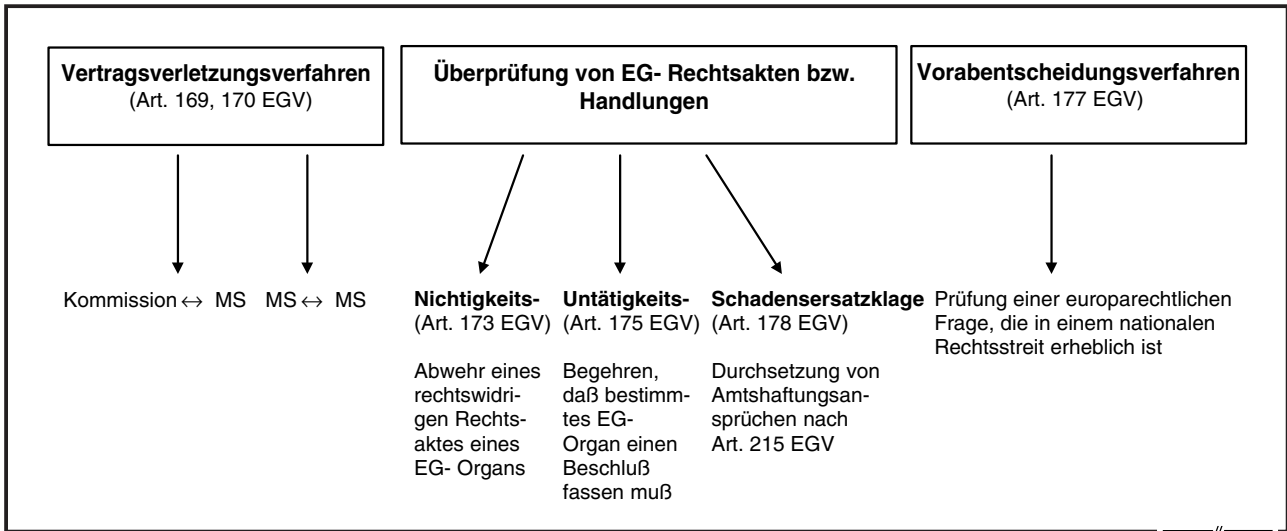


Abb. 26: Die Klagen zum EuGH

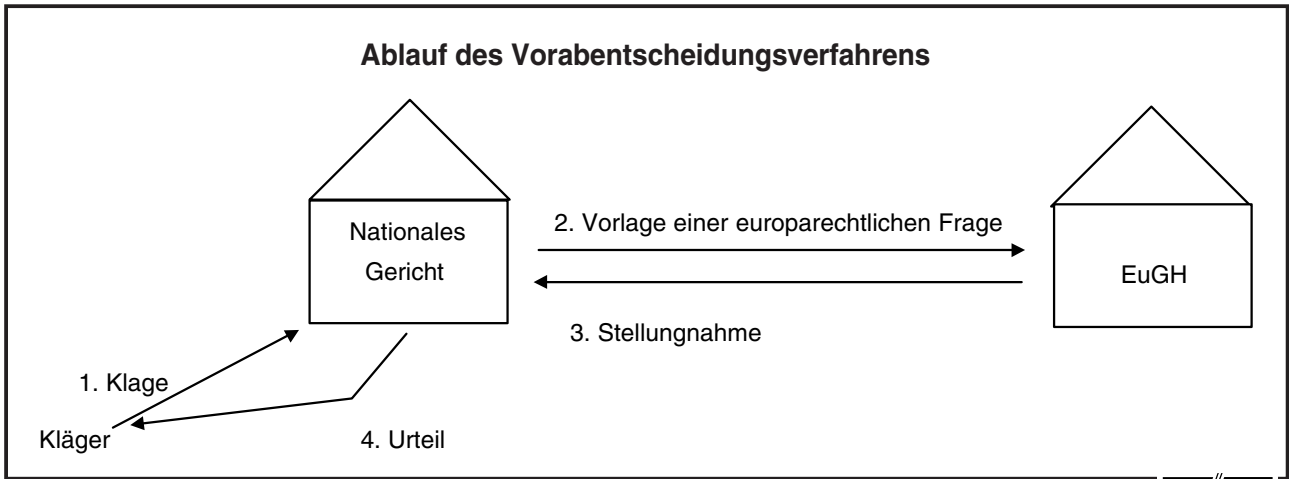


Abb. 27: Der Ablauf des Vorabentscheidungsverfahrens

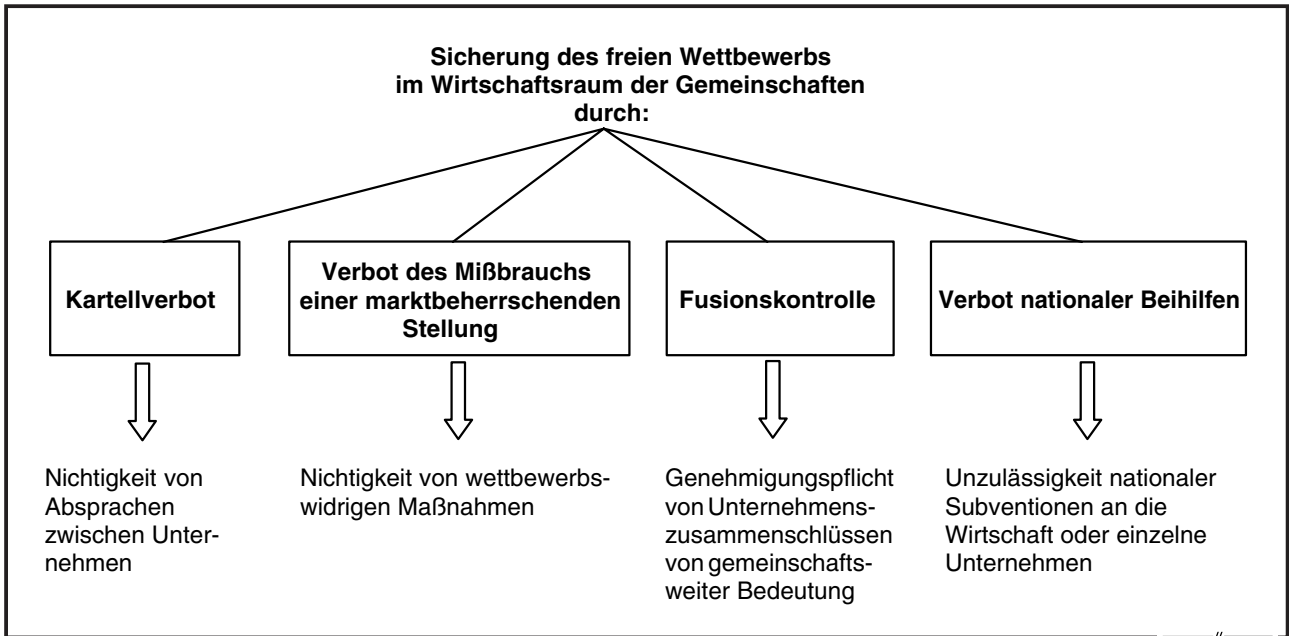


Abb. 28: Die Wettbewerbsordnung der Europäischen Gemeinschaften

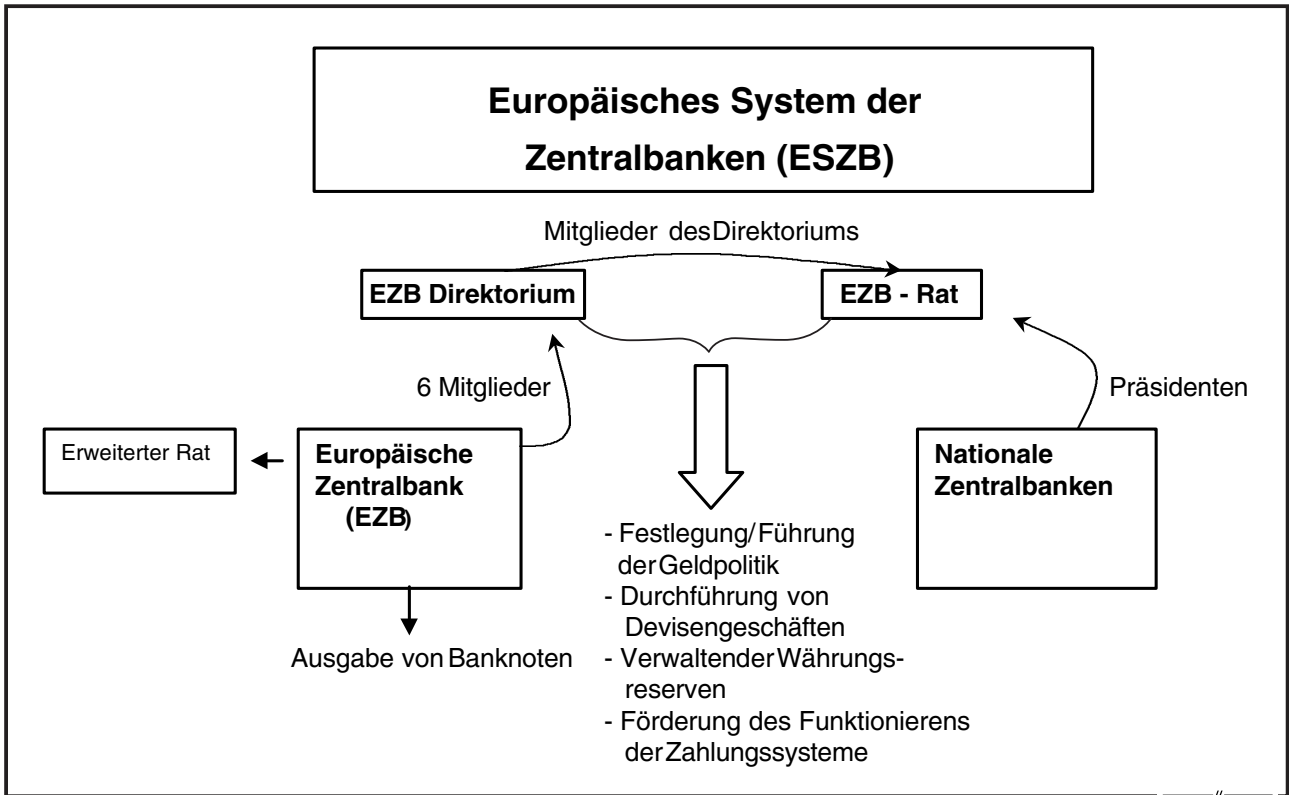


Abb. 29: Das Europäische System der Zentralbanken

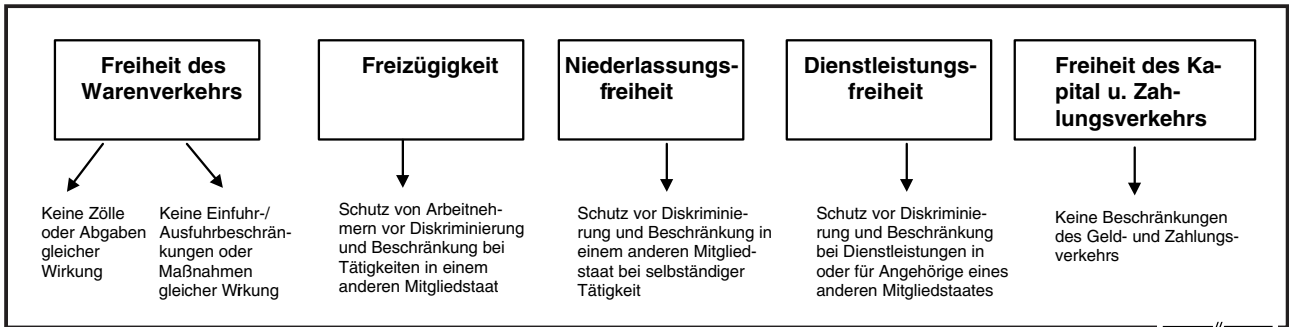


Abb. 30: Die Grundfreiheiten

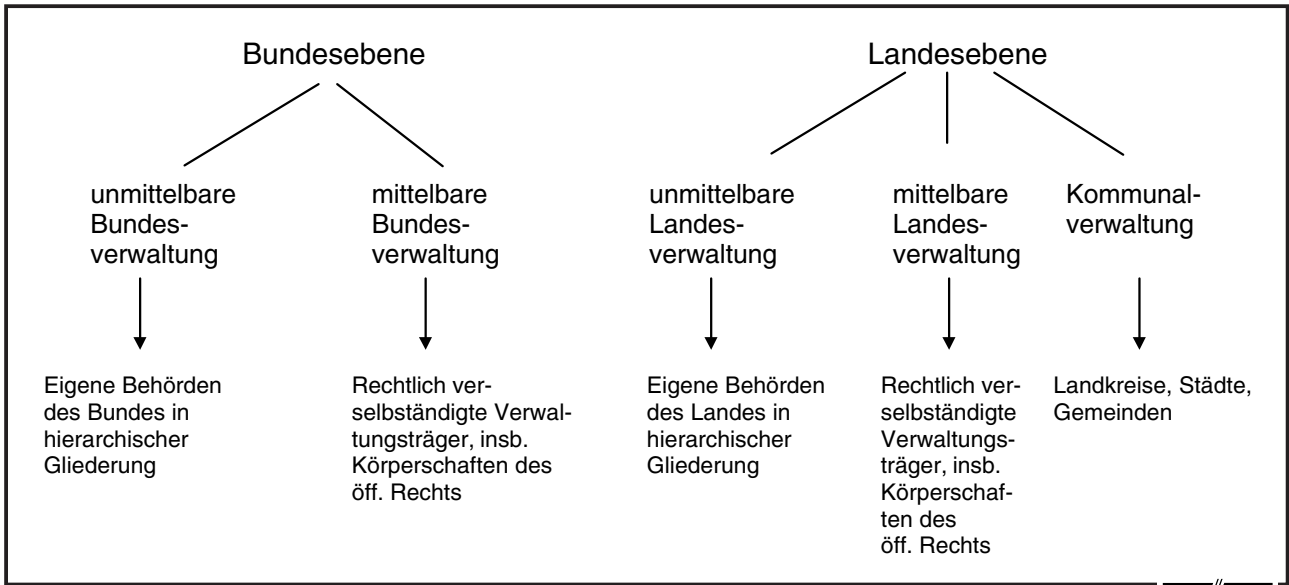
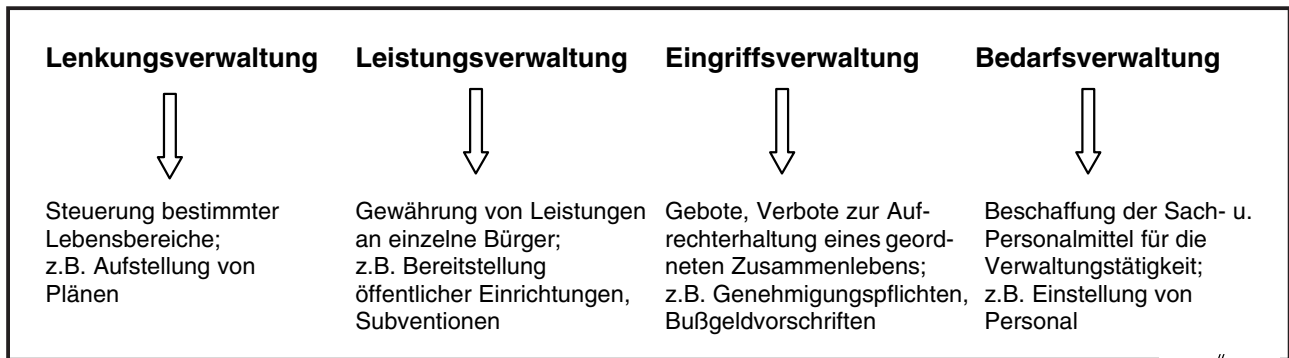


Abb. 31: Die Organisation der öffentlichen Verwaltung



SCHÄFFER
POESCHEL

Abb. 32: Arten der Verwaltungstätigkeit

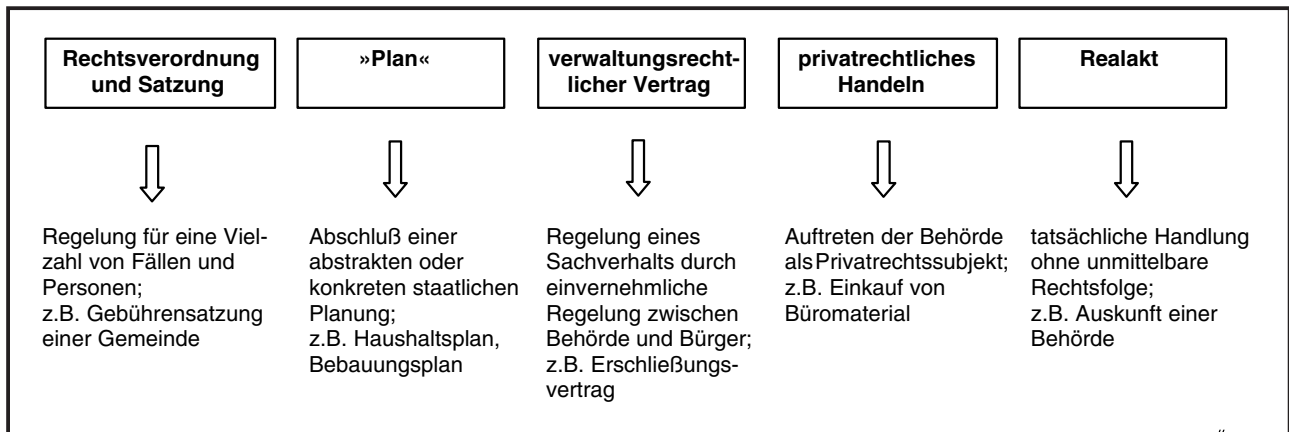


Abb. 33: Formen des Verwaltungshandelns

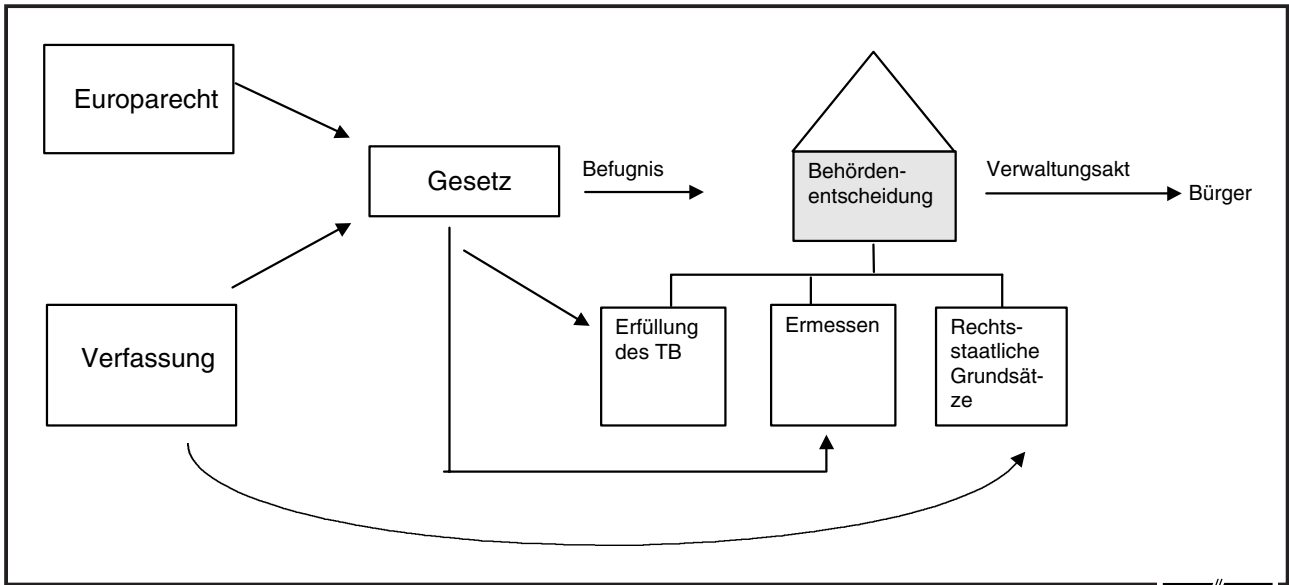


Abb. 34: Die Rechtmäßigkeit eines Verwaltungsaktes

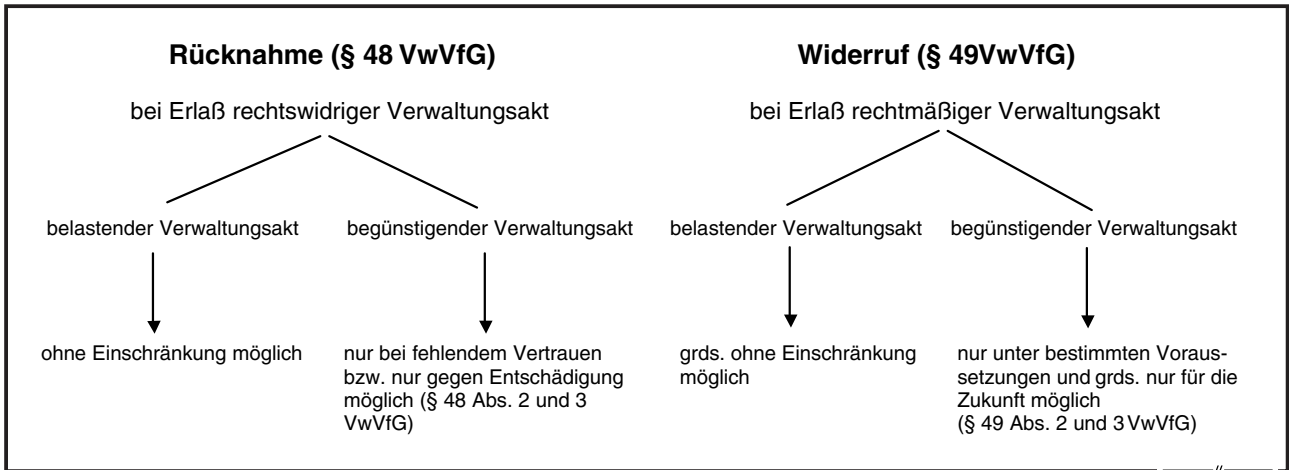


Abb. 35: Aufhebung von Verwaltungsakten

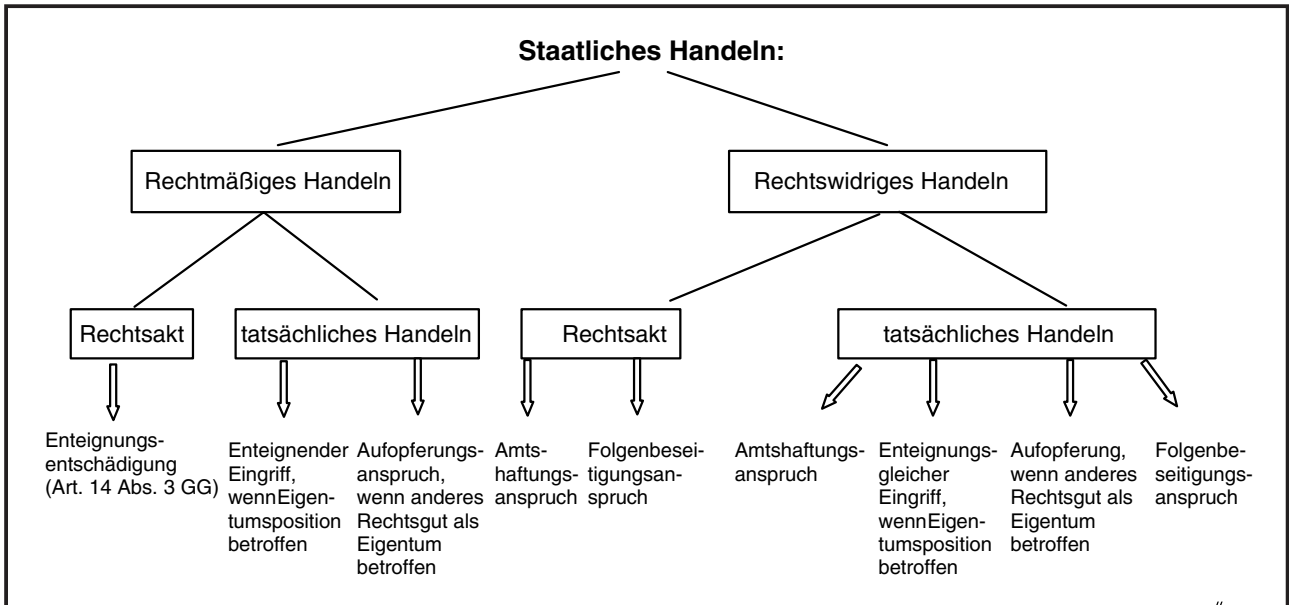


Abb. 36: Ausgleichsansprüche gegen den Staat

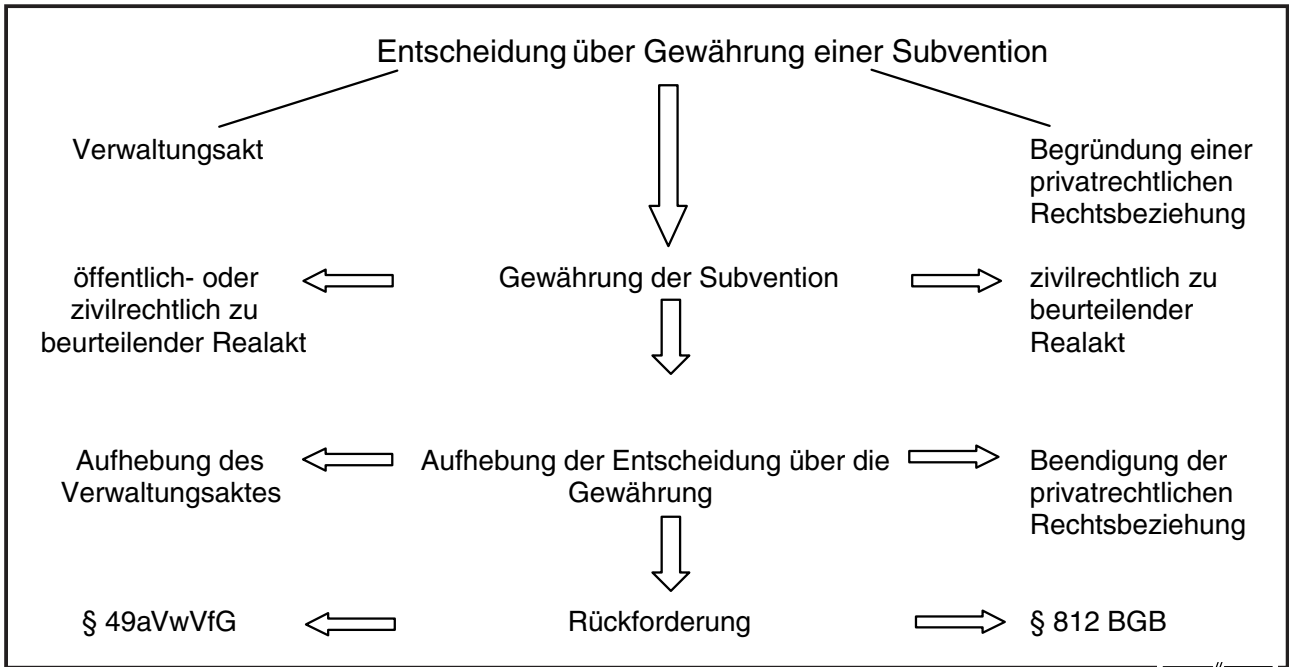


Abb. 37: Vergabe und Rückforderung von direkten Subventionen

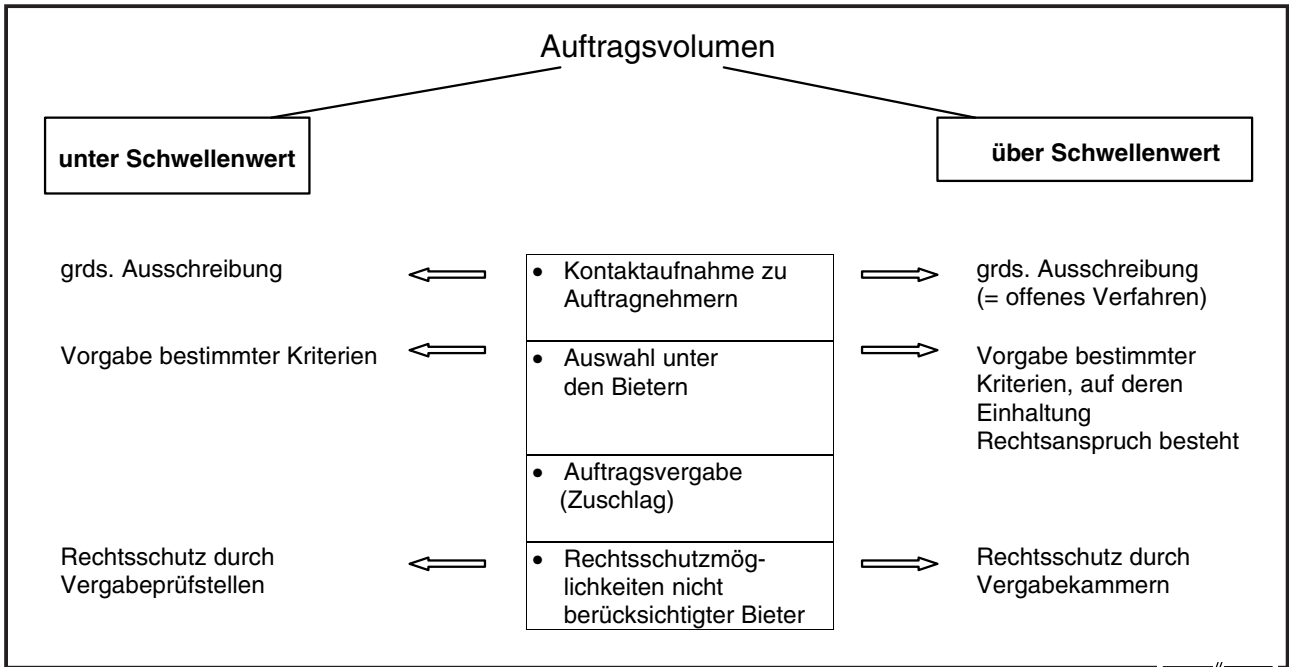


Abb. 38: Die Vergabe von Staatsaufträgen

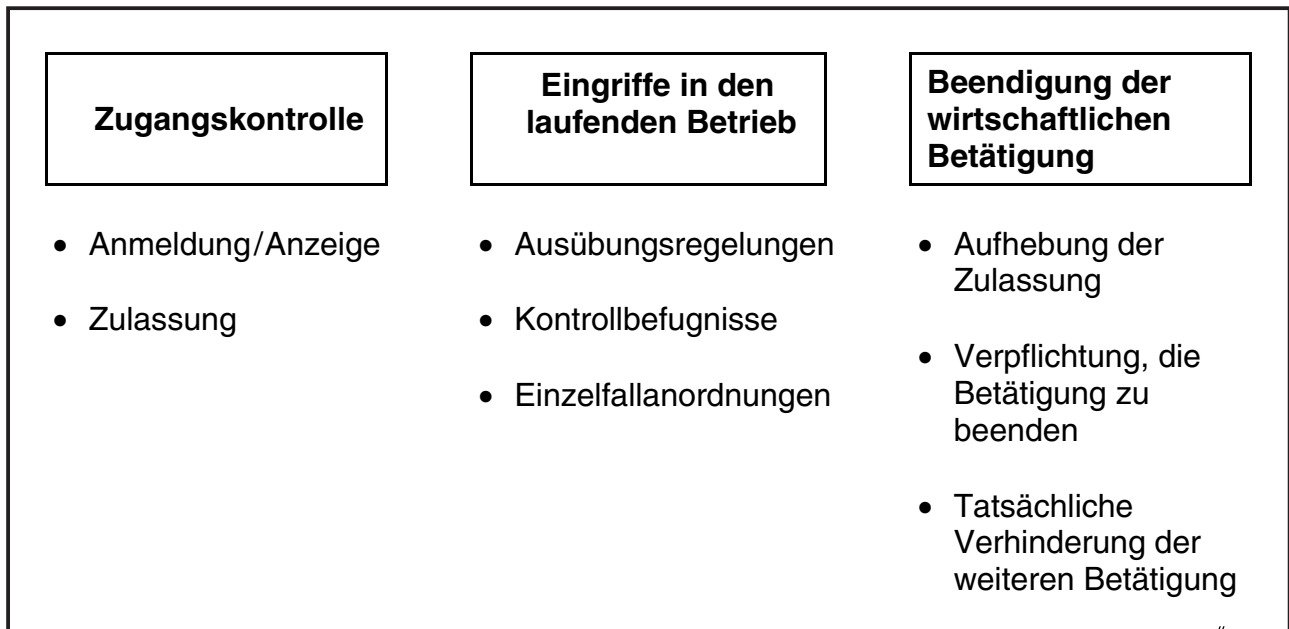


Abb. 39: Instrumente der Wirtschaftsaufsicht

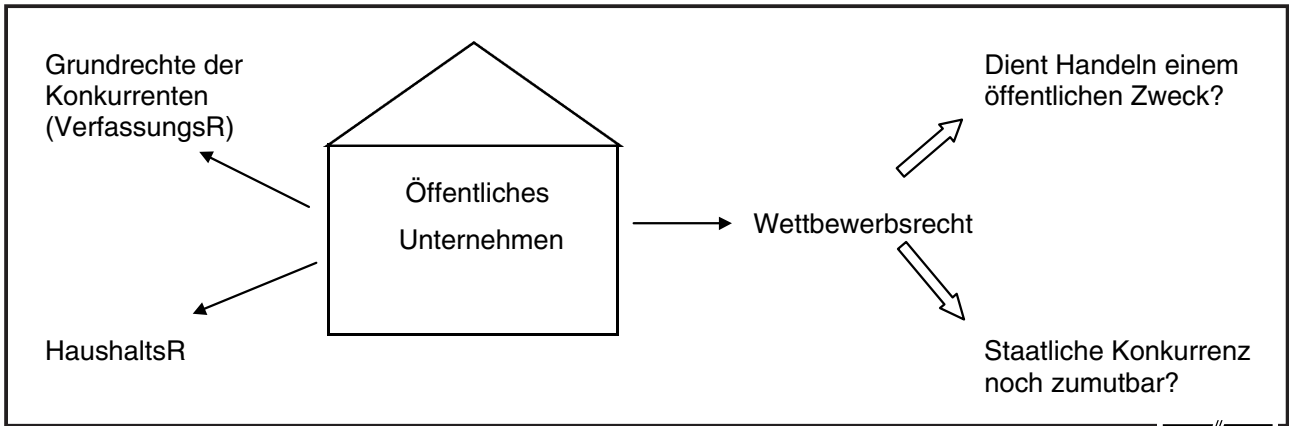


Abb. 40: Grenzen der wirtschaftlichen Betätigung des Staates

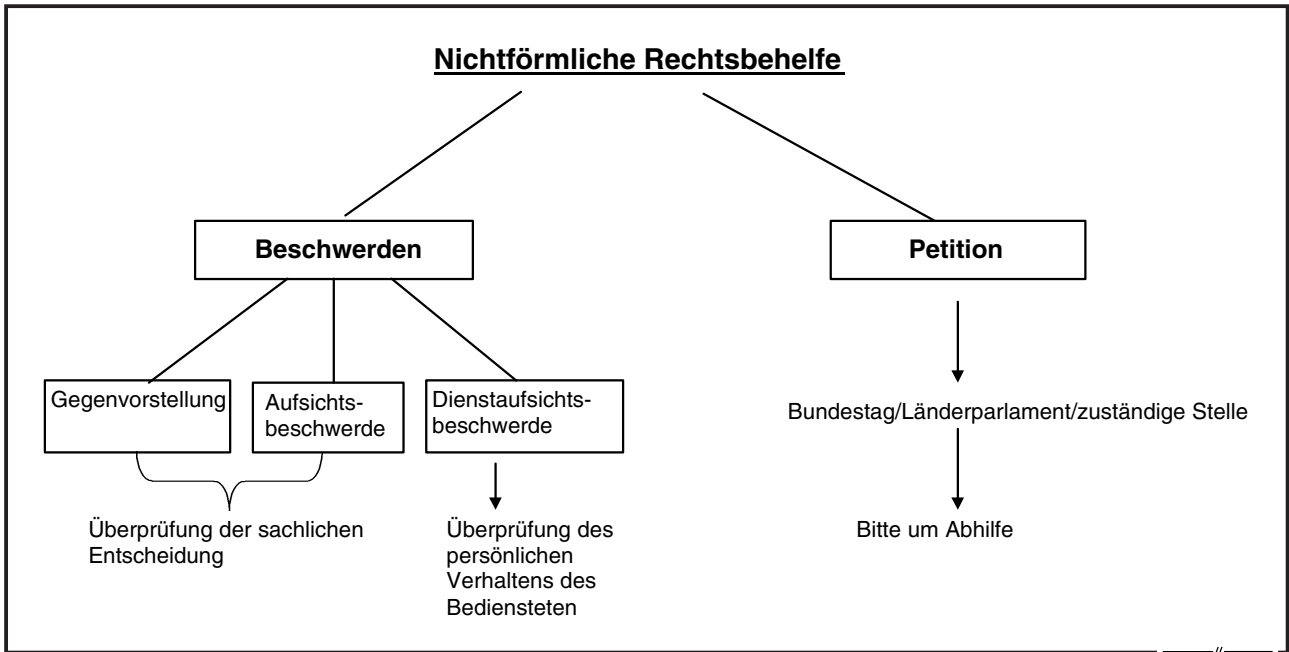


Abb. 41: Nichtförmliche Rechtsbehelfe

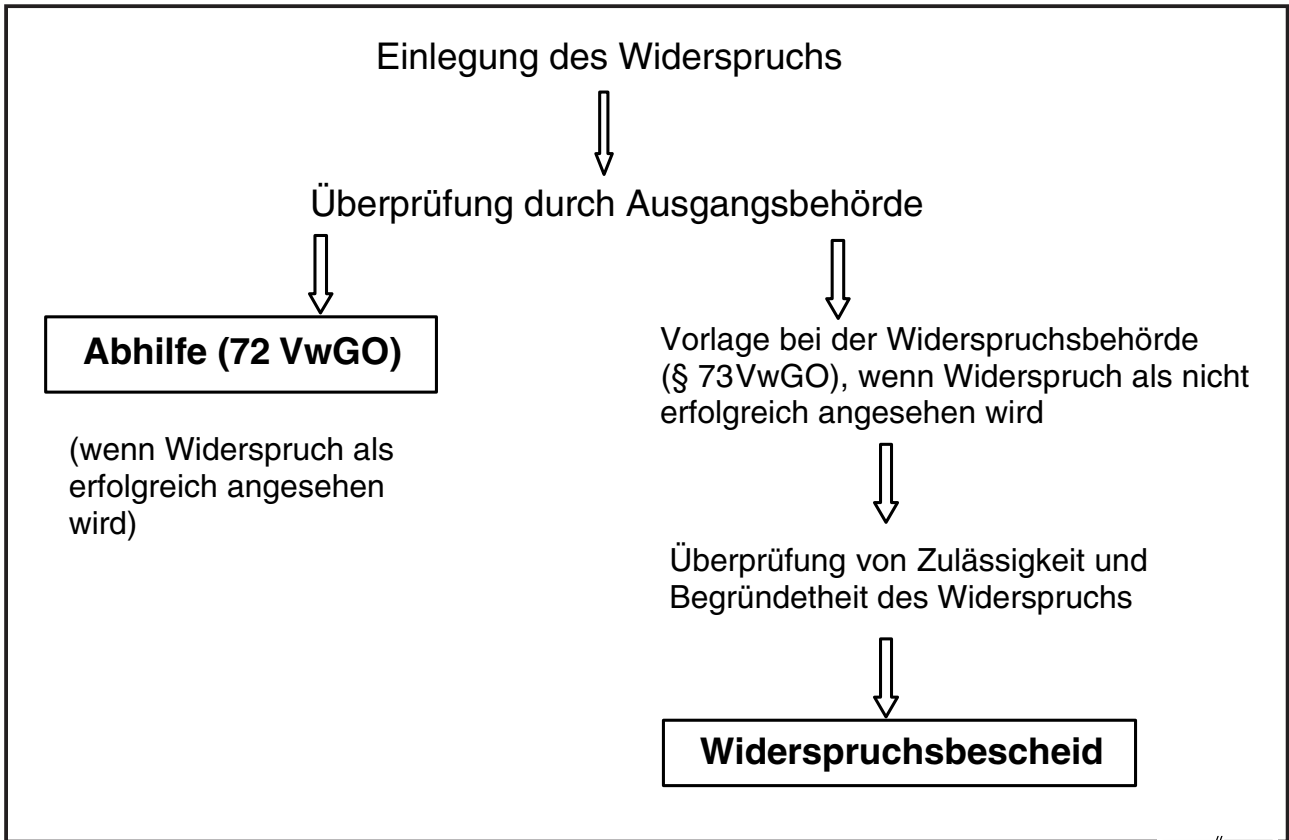


Abb. 42: Der Ablauf des Widerspruchsverfahrens

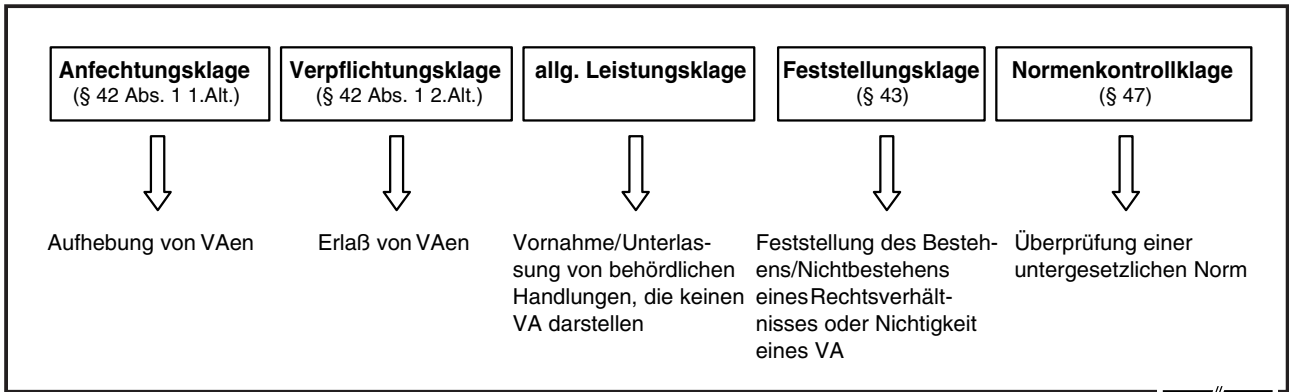


Abb. 43: Die Klagearten der VwGO

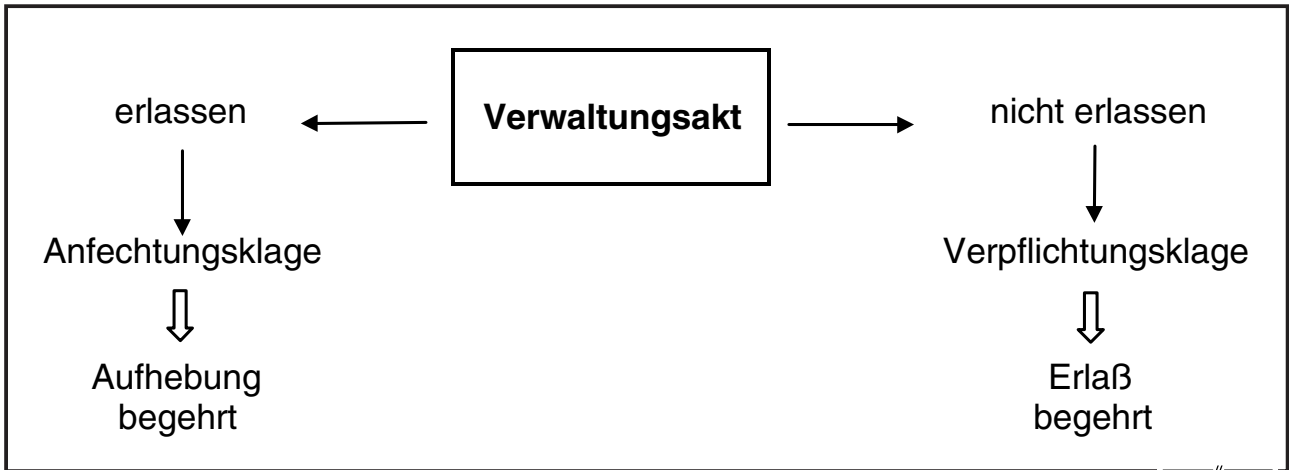


Abb. 44: Abgrenzung von Anfechtungs- und Verpflichtungsklage

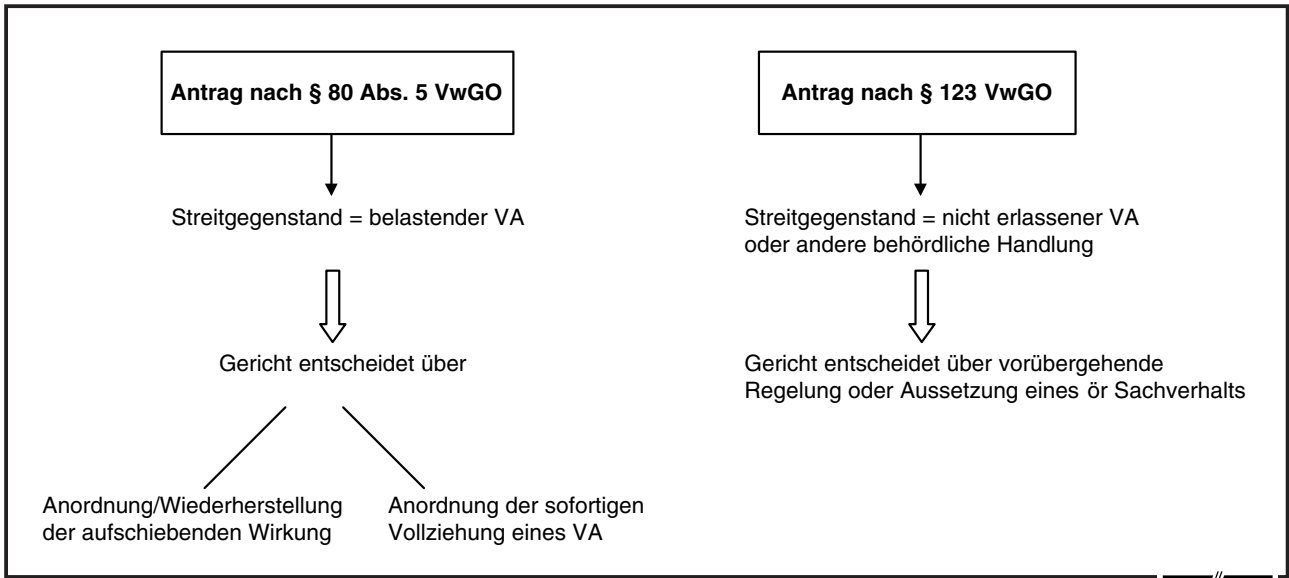


Abb. 45: Die Möglichkeiten vorläufigen Rechtsschutzes n.d. VwGO

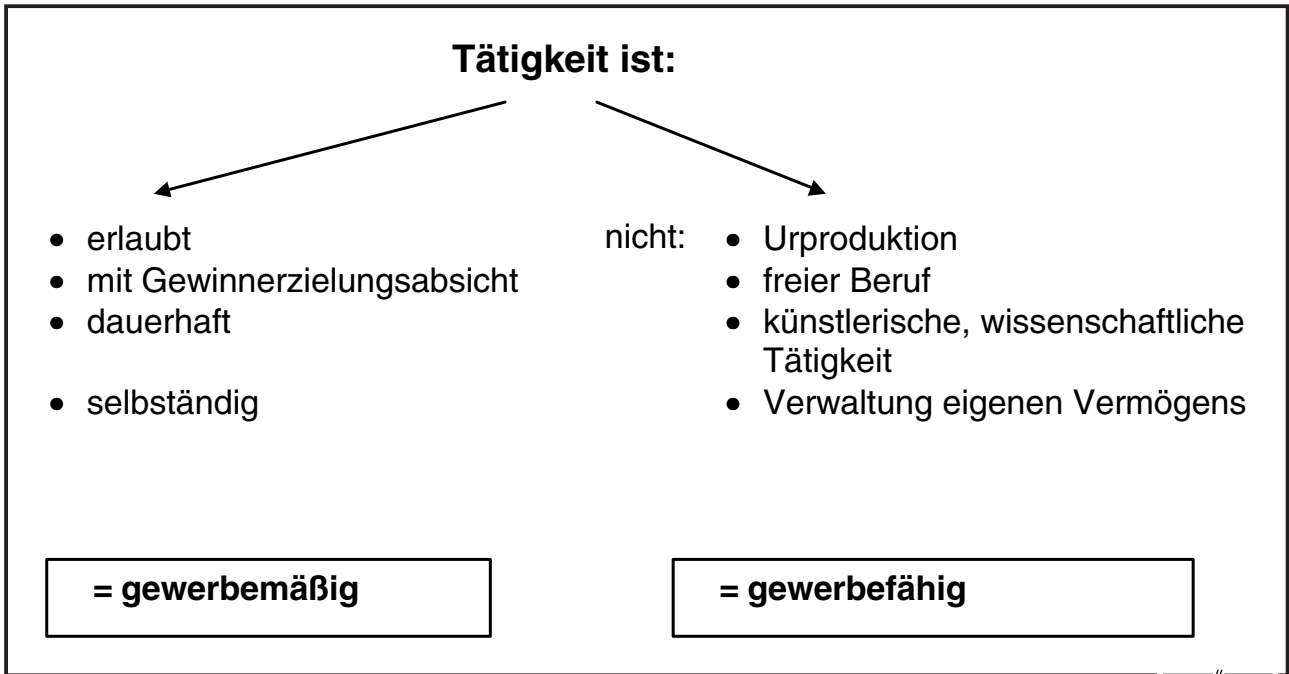


Abb. 46: Der Gewerbebegriff

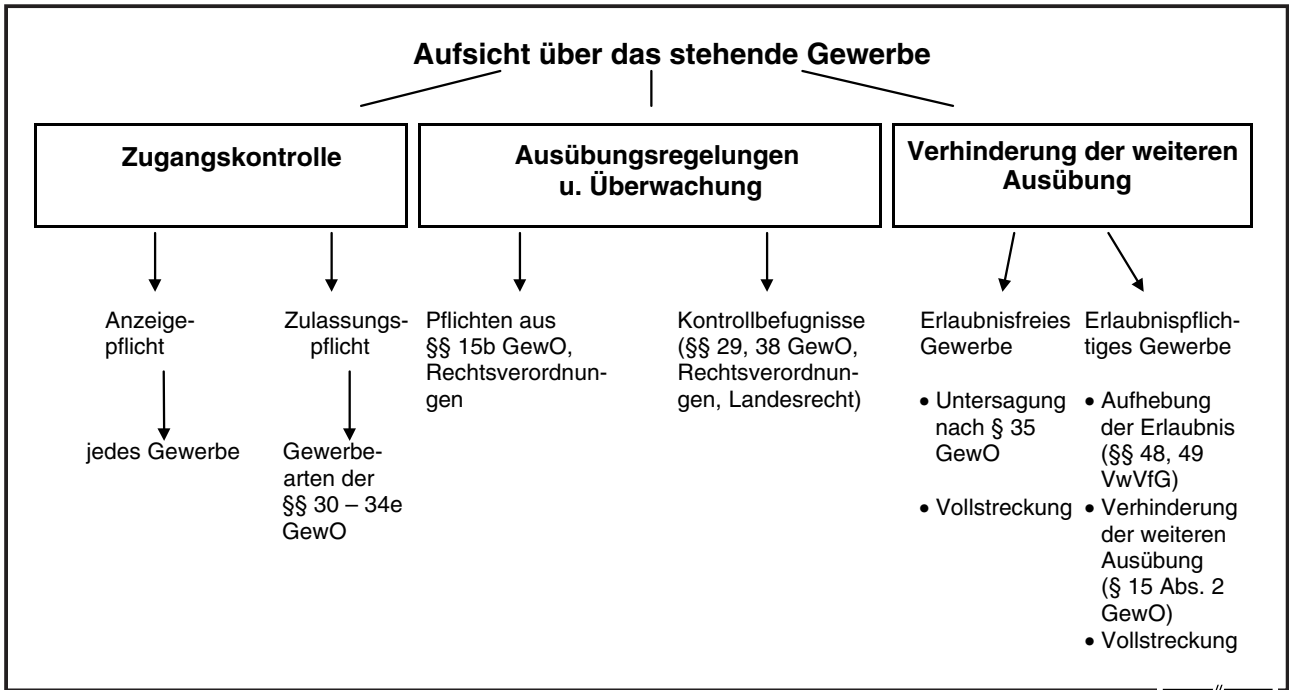


Abb. 47: Aufsicht über das stehende Gewerbe

Tatsachen, die auf das zukünftige Verhalten
des Gewerbetreibenden schließen lassen



Prognose, daß Gewerbetreibender in Zukunft
sein Gewerbe nicht ordnungsgemäß betreiben wird
(Verletzung von Rechtsvorschriften, Gefährdung Dritter)



Feststellung der Unzuverlässigkeit
im Zeitpunkt der Behördenentscheidung

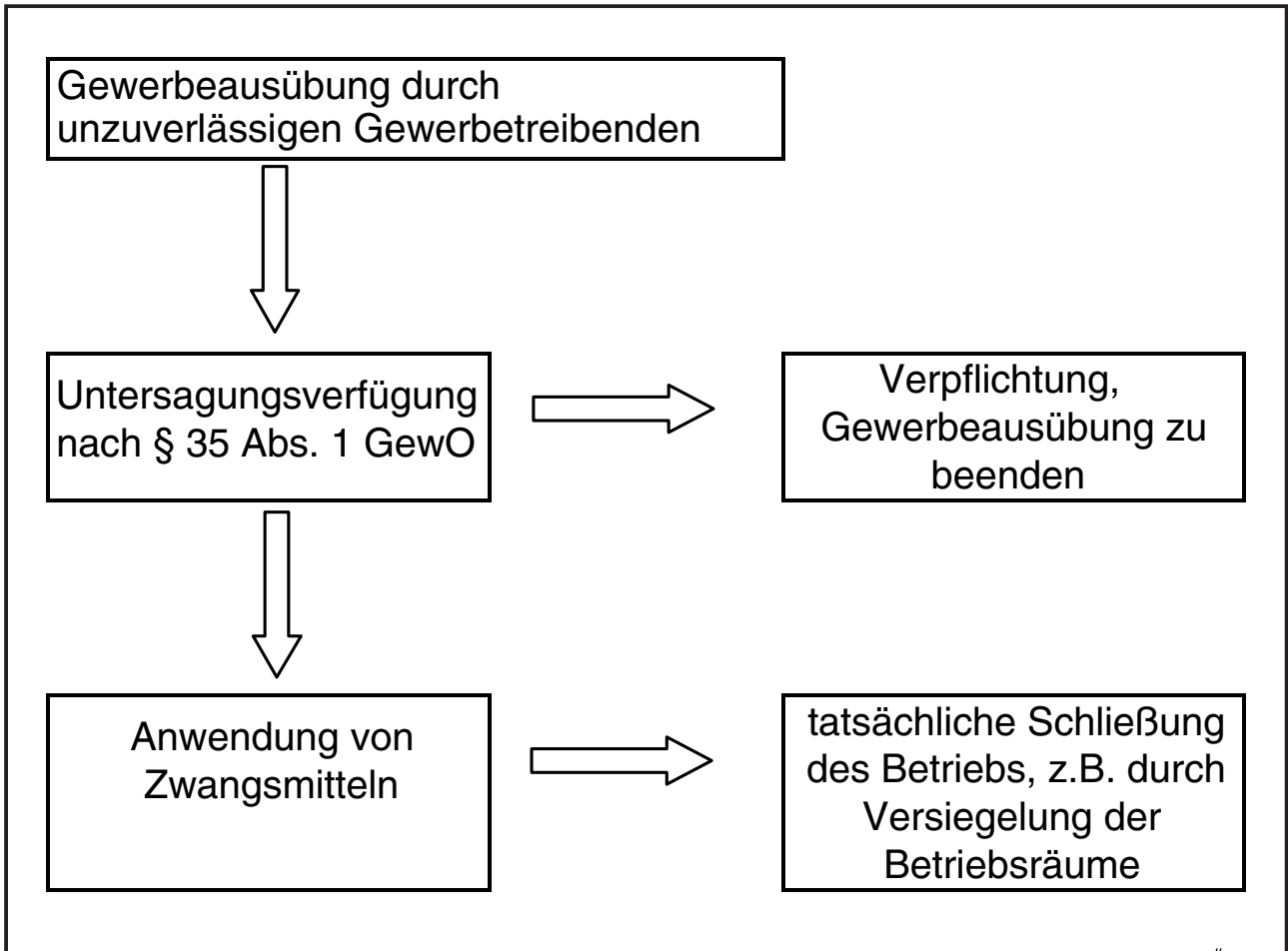


Abb. 49: Die Gewerbeuntersagung nach § 35 GewO und ihre Durchsetzung

Verhinderung der Tätigkeit eines zugelassenen Gewerbes

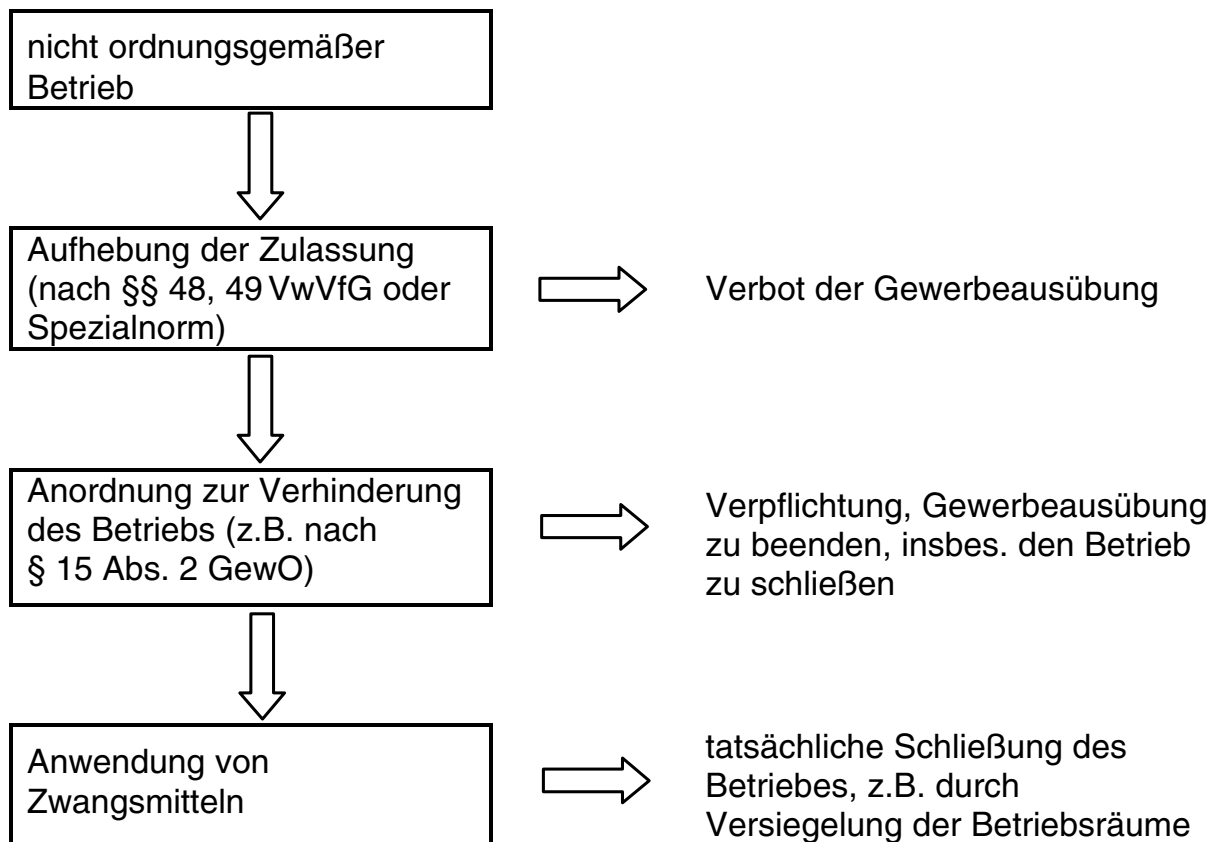


Abb. 50: Verhinderung eines zugelassenen Gewerbebetriebs

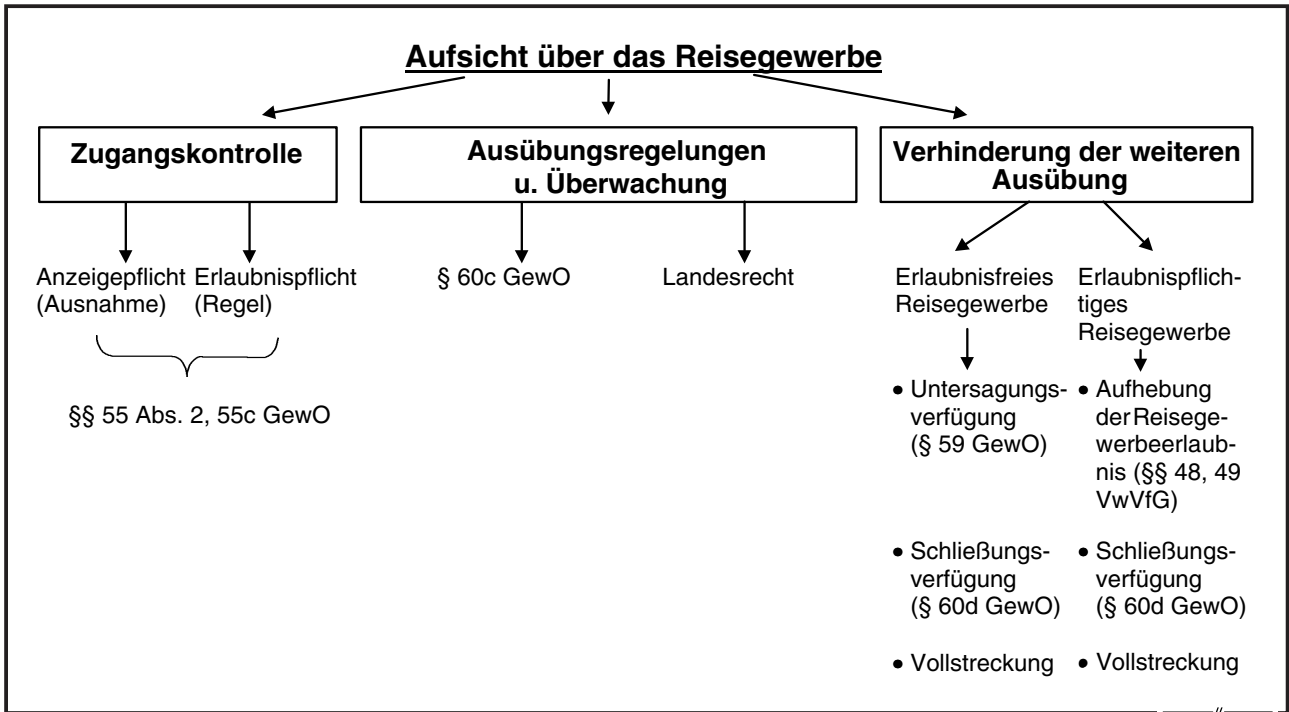
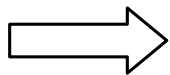
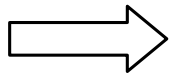


Abb. 51: Staatliche Aufsicht über das Reisegewerbe

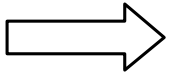
Begriff des Handwerks



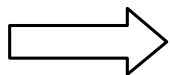
stehendes Gewerbe



Tätigkeit handwerksfähig
Anlage A HandwO



Tätigkeit handwerksmäßig



haupt- oder nebenbetriebliche
Tätigkeit

Abb. 52: Voraussetzungen für eine eintragungspflichtige Tätigkeit nach der HandwO

Verhinderung der weiteren Ausübung eines Handwerks

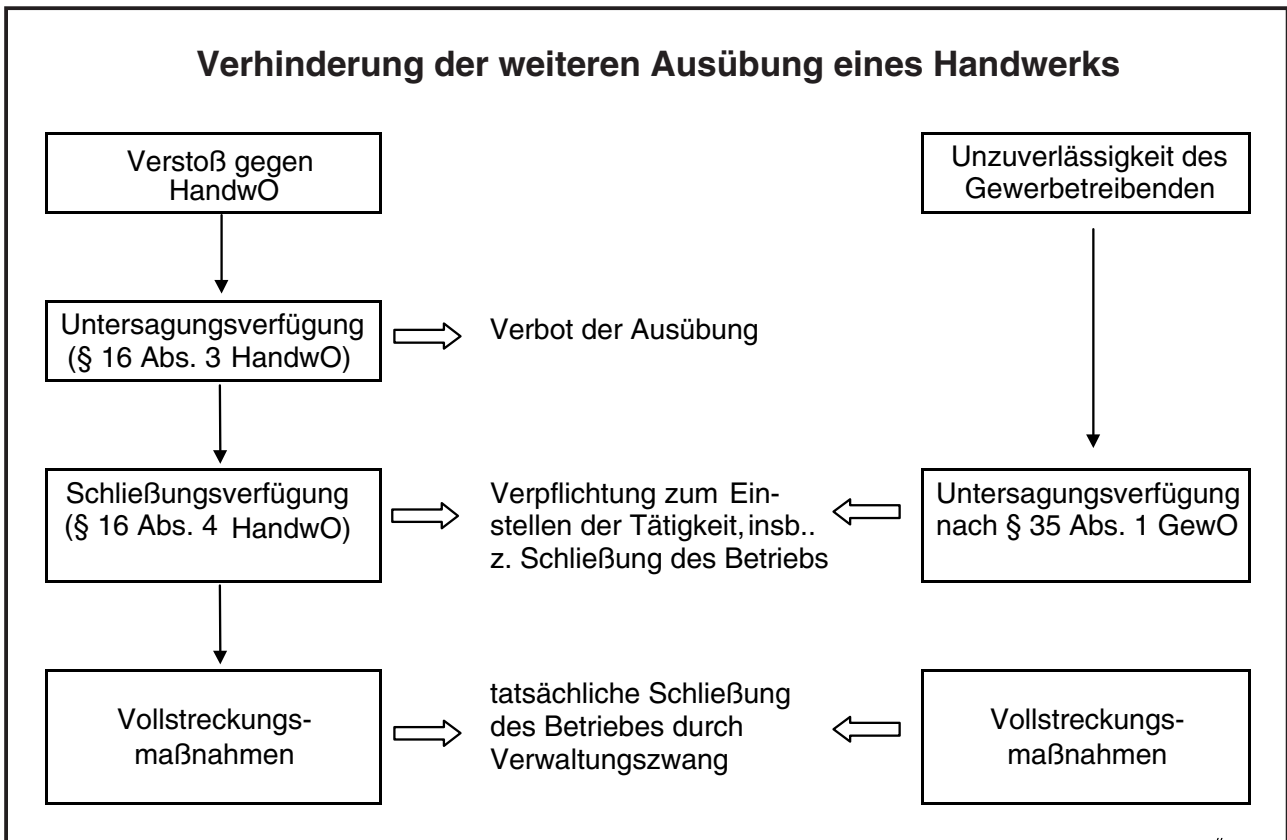


Abb. 53: Verhinderung der weiteren Ausübung eines Handwerks

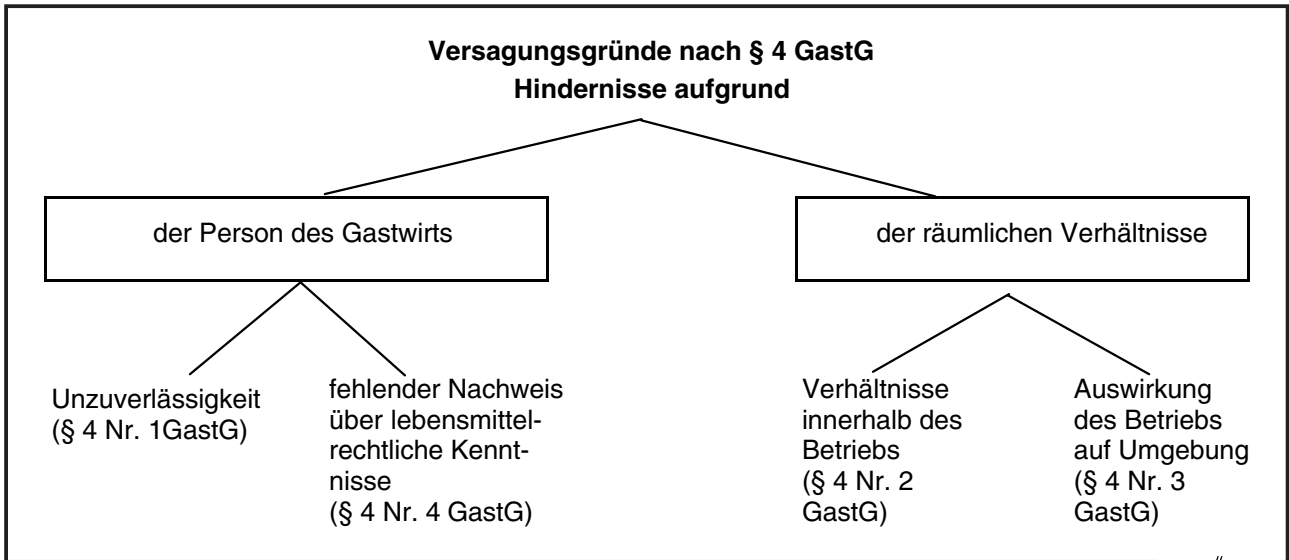


Abb. 54: Versagungsgründe nach § 4 GastG

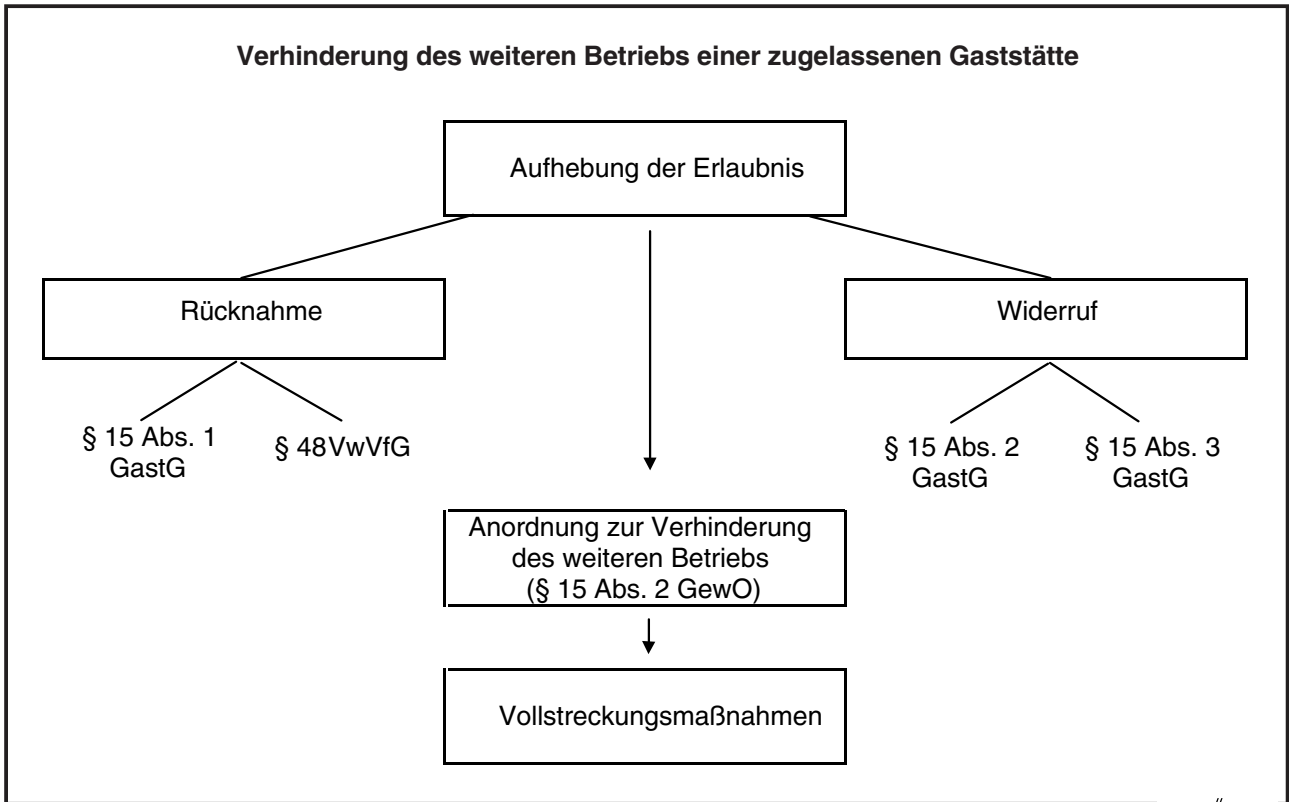


Abb. 55: Verhinderung des weiteren Betriebs einer zugelassenen Gaststätte

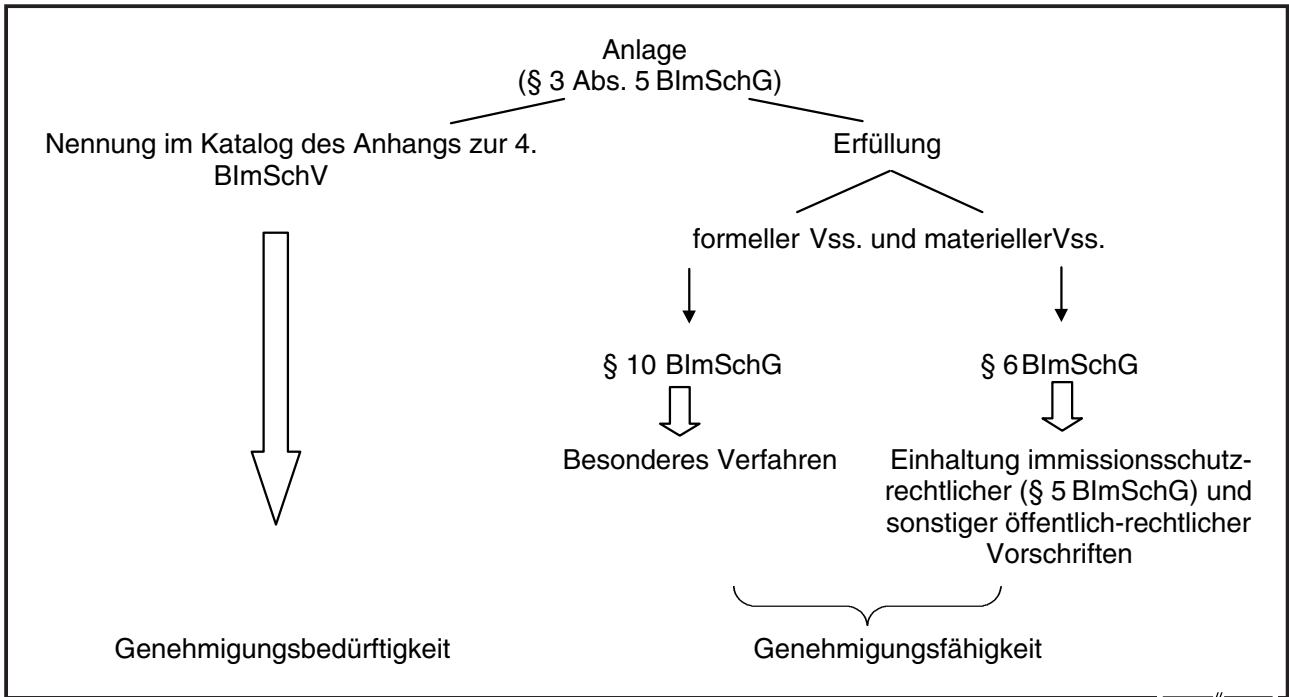


Abb. 56: Genehmigungsbedürftigkeit und -fähigkeit von Anlagen nach dem BImSchG

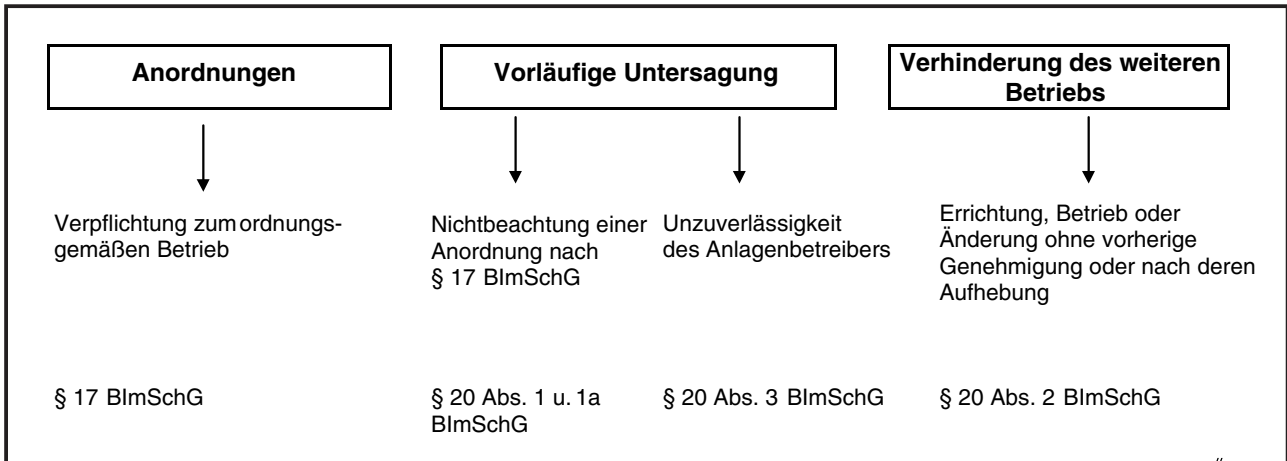


Abb. 57: Eingriffe in den Betrieb genehmigungspflichtiger Anlagen nach dem BImSchG

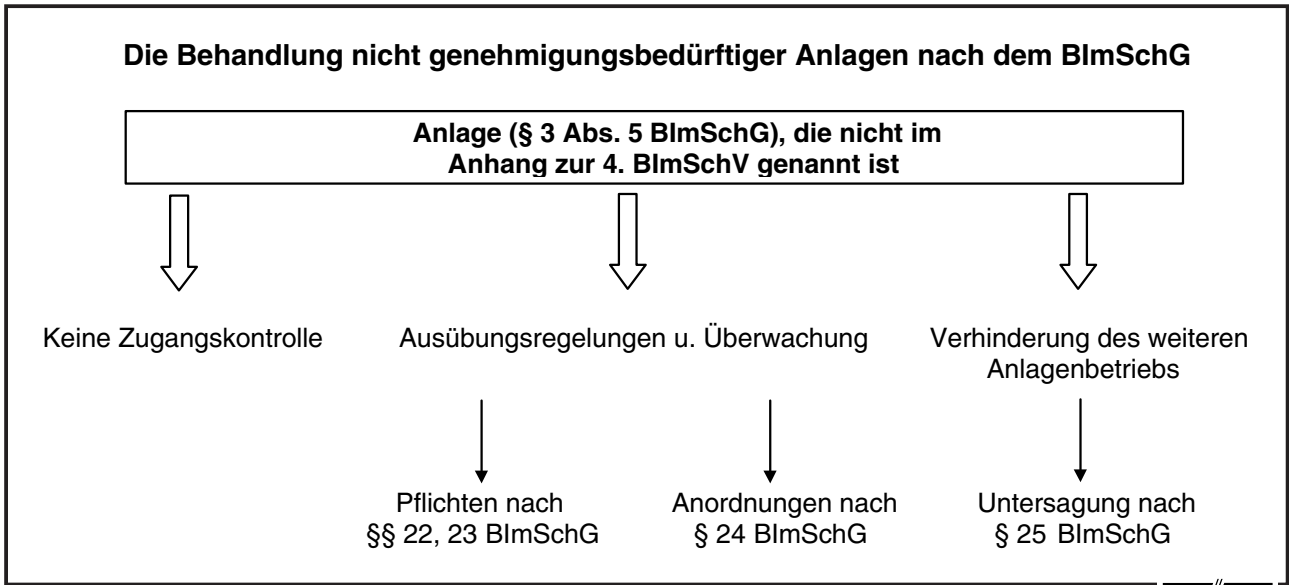


Abb. 58: Die Behandlung nicht genehmigungsbedürftiger Anlagen nach dem BImSchG

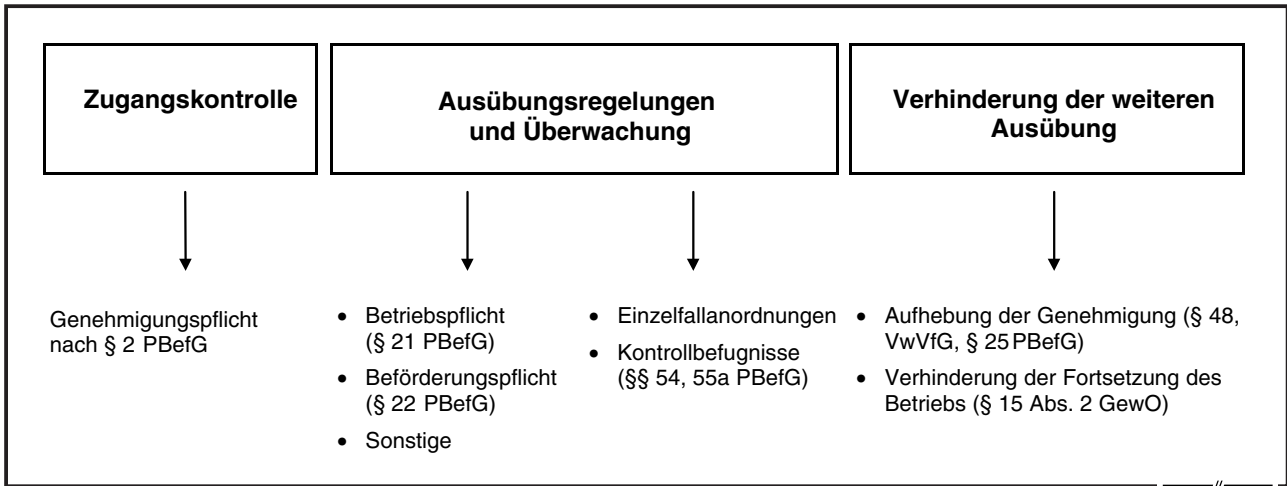


Abb. 59: Die staatliche Aufsicht über die Personenbeförderung auf der Straße

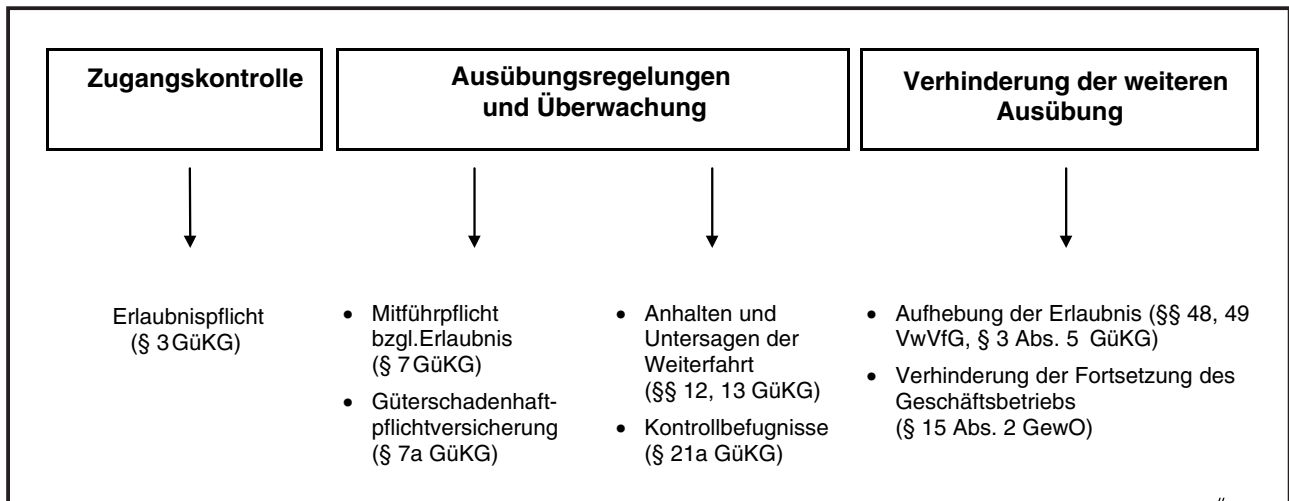


Abb. 60: Die staatliche Aufsicht über die Beförderung von Gütern auf der Straße

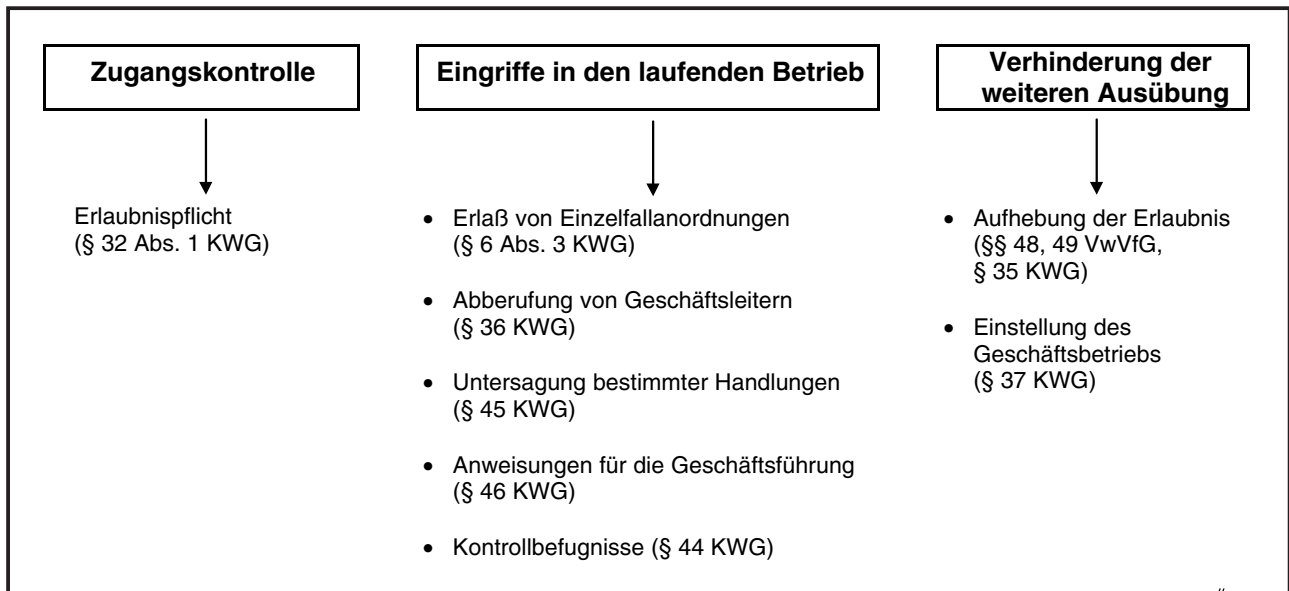


Abb. 61: Die staatliche Aufsicht über Kredit- und Finanzdienstleistungsunternehmen

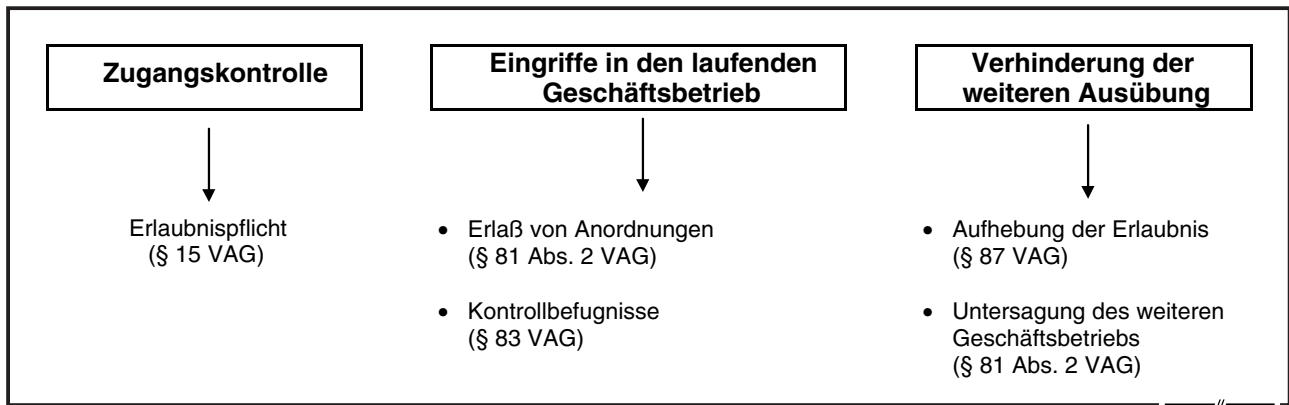


Abb. 62: Die Staatliche Aufsicht über das Versicherungsunternehmen

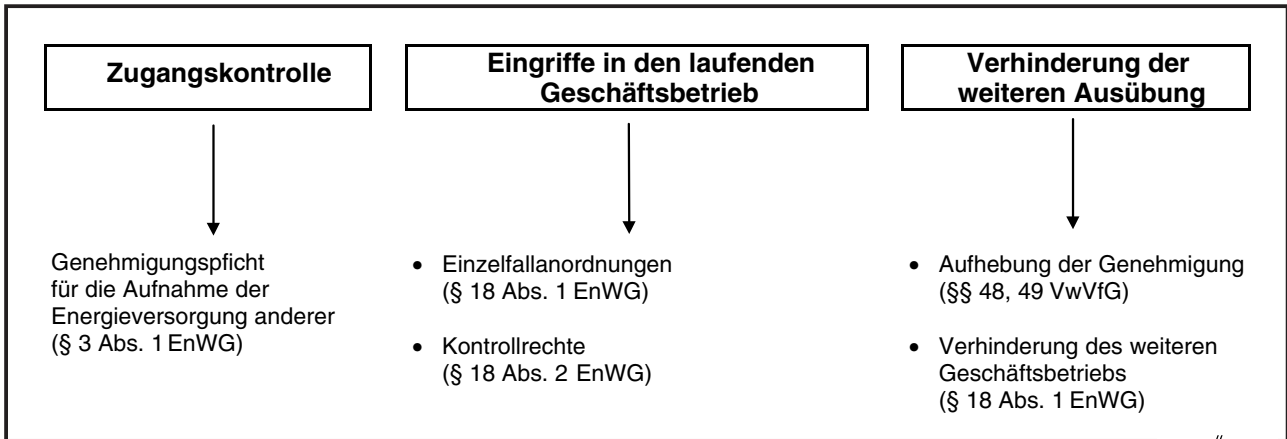


Abb. 63: Die staatliche Aufsicht über Energieversorgungsunternehmen

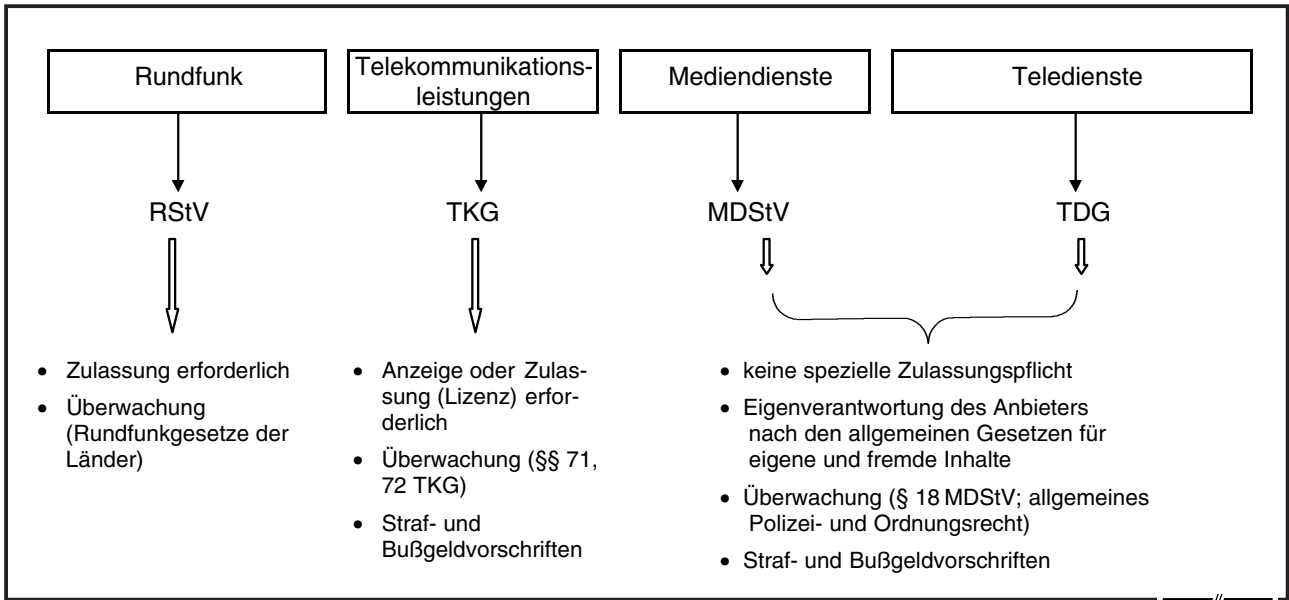


Abb. 64: Rechtsquellen und Instrumente des Medien- und Telekommunikationsrechts